

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 64 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 17. März 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Barcelona ohne Strom	Seite 2
Ossietsky — Mühsam	Seite 3
Vermehrte passive Handelsbilanz	Seite 4
Beaunet Luftschutz	Seite 5
3 Millionen Dollar für jüdische Bildung?	Seite 7

Papen stürzt

Bei den Nazis in Ungnade - Er soll zum Botschafter in Rom degradiert werden

Berlin, 16. März. (Eig. Ber.) Die Tage Franz von Papen als Vizkanzler sind gezählt. Als Ende Januar kurz vor dem Kaisergeburtstag Dr. Goebbels zur Ablenkung der murrenden „alten Kämpfer“ seinen demagogischen Feldzug gegen die „Reaktion“ begann, zielte er unmittelbar auf den Vizkanzler von Papen, auch wenn er dessen Namen nicht nannte. Man bezichtigt ihn monarchistischer Umtriebe, auch der indirekten Verhandlungen mit dem Exkaiser in Doorn. Seit Monaten wird der Vizkanzler von der Geheimen Staatspolizei überwacht und wiederholt sind Akten von Papens durch die Gestapo auf hochverräterischen Inhalt hin durchsucht worden.

Der Vizkanzler darf schon seit einer Reihe von Tagen nicht mehr öffentlich auftreten. Zwar ließ er sich noch ab und zu auf festlichen Veranstaltungen als Staffage des „Führers“ fotografieren, aber reden durfte er nicht mehr. Schließlich zog sich Papen eine politische Krankheit zu, die ihn davor bewahrt, sich noch öffentlich zu zeigen oder sich sonstigen Geschehnissen anzusehen.

Um dem Abstieg in das Nichts zu entgehen — denn was ist Franz von Papen ohne Amt und Titel? — bewirbt sich der sogenannte Vizkanzler bei seinen nationalsozialistischen Vorgesetzten um den

Posten des deutschen Botschafters beim Quirinal in Rom. Die Ernennung dürfte sozusagen auf dem Gnadenwege in einigen Tagen erfolgen, wenn nicht auch das noch schief geht.

Dass ein Botschafter (Chef des Ministeriums) wird, ist nichts außergewöhnliches. Wird aber ein Vizkanzler, der zudem Reichsminister war, Botschafter, so ist das eine Degradierung. Allerdings hat sich ein ähnlicher Vorgang im Leben des Fürsten von Bülow ereignet, als er in den ersten Kriegsmontaten Botschafter in Rom wurde. Jedoch ist der Unterschied zweifach: 1. war Bülow nicht mehr aktiver Kanzler oder Minister, sondern schon seit 3 Jahren im Ruhestande, 2. war seine Berufung nach Rom besonders ehrenvoll, denn er galt wegen seiner langjährigen italienischen Beziehungen (er war früher schon Botschafter in Rom und war mit einer italienischen Aristokratin verheiratet) als der einzige deutsche Diplomat, der mit Aussicht auf Erfolg um die Neutralität Italiens werben konnte.

Für Franz von Papen ist der Posten bei dem König von Italien eine Verbannung, aber immerhin ein Exil, das repräsentativer ist als das Leben eines Privatmannes in seinem Schlosse Ballersangen bei Saarlouise.

Die „Abrüstungs“-Krise

Französische Note an England voraussichtlich Samstag

Paris, 16. März. Die französische Note auf die letzten englischen Abrüstungsvorschläge wird voraussichtlich im Laufe des Samstags in London überreicht werden, nachdem sie der englische Ministerrat am Samstagvormittag noch ein letztes Mal geprüft hat. In politischen Kreisen erklärt man in diesem Zusammenhang, daß die französische Regierung bei der Abfassung dieser Note den Ausführungen Edens und Sir John Simon vor dem englischen Unterhaus Rechnung getragen habe.

Der „Jour“ glaubt versichern zu können, daß die französische Regierung in sehr höflicher, aber entschiedener Form die englischen Abrüstungsvorschläge ablehnen werde, die darauf hinauszielen, die französische Militärmacht heranzuziehen bei gleichzeitiger Verstärkung der deutschen Rüstungen. Es habe den Anschein, so betont das Blatt, als ob die französische Regierung sich wesentlich den italienischen Vorschlägen genähert hätte, wobei sie jedoch nach wie vor größten Wert auf die Kontrolle lege. Der Gedanke dieser Kontrolle sei außerdem mit den notwendigen Durchführungsbestimmungen des Abkommens verbunden. Gerade diese Durchführungsbestimmungen stellen den schwierigsten Punkt der ganzen Frage dar, und es sei zu erwarten, daß hierbei die verschiedenen Auffassungen aufeinanderprallen würden.

Der „Figaro“ erklärt, daß die französische Regierung in ihrer Note auf die enge Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit hinweisen werde. Wenn die englische Regierung bereit wäre, Frankreich genügend Sicherheitsgarantien zu geben, würde die ganze Abrüstungsfrage ein anderes Gesicht bekommen. Man dürfe sich im Foreign Office nicht darüber im Zweifel sein, daß Frankreich absolut nicht mit der Auflassung Sir John Simons einverstanden sei, wonach ein schlechtes Abkommen immer noch besser sei als überhaupt keines.

Der Sozialistenführer Leon Blum rief im „Populaire“ einen Alarmruf aus und spricht im Zusammenhang mit der französischen Note von einer radikalen Umwälzung der bisherigen französischen Politik in der Abrüstungsfrage. Man habe Mühe, eine so schwerwiegende Handlung zu begreifen. Das französische Volk müsse endlich darüber entscheiden, ob es sich damit einverstanden erkläre, daß sich Frankreich in einen Rüstungswettlauf stürze. Frankreich dürfte sicherlich nicht annehmen, daß die Rüstungen Deutschlands anerkannt und legalisiert würden. Auf der anderen Seite müsse es sich auch zur Abrüstung bereit erklären, um eine internationale Zusammenarbeit gegen die deutschen Rüstungen zu ermöglichen.

Schacht-System bricht zusammen

Zwangswirtschaft wie noch nie!

Die in Saarbrücken erscheinende Zeitung „Westland“ schreibt: Die Abzüge an Gold und Devisen, die nach dem letzten Wochenausweis der Reichsbank 20,9 Millionen Mark betragen, und die katastrophale Lage des deutschen Außenhandels, der nach der amtlichen Statistik im Februar mit 35 Millionen passiv war, stellen die Reichsregierung vor außerordentliche Entscheidungen. Aus offiziellen Verlautbarungen geht hervor, daß man gezwungen sein wird, das System der Zwangswirtschaft in einer bisher nicht dagewesenen Weise zu verschärfen. Es wird offen zugegeben, daß die Rohstoffbasis der deutschen Wirtschaft gefährdet sein würde, wenn man sich nicht zu radikalen Maßnahmen entschliesse. Die „liberale Methode“ bei der Gewährung ausländischer Zahlungsmittel

wird aufgegeben. In Zukunft kann kein deutscher Staatsbürger ohne den Nachweis besonderer Dringlichkeit auch nur eine Mark fremder Devisen erwerben. Auch besteht keine Aussicht mehr, daß Auswanderer einen nennenswerten Betrag ins Ausland mitnehmen können. (Bisher wurde grundsätzlich die Ausfuhr bis zu einer Grenze von 10 000 Mark gestattet.)

Um den Rohstoffbedarf in Zukunft decken zu können, wird in Zukunft sehr einschneidende Maßnahmen zur Behebung des Exports ergreifen müssen. Nachdem Dr. Schacht sich gerade in Karlsruhe wieder für die Stabilität der Reichsmark ausgesprochen hat, ist nicht zu erwarten, daß man zu dem

Gestern und heute

Wie kommt es, daß Hitler auf gewissen Fotografien immer lächerlich aussieht?

Das deutsche Volk hat nicht mehr viele Rechte, aber das Recht hat es noch, sich für Fragen wie diese im stillen zu interessieren. Schließlich ist es ja nicht einerlei, welche Gefühle, rein ästhetisch genommen, sein oberster Führer im Beschauer weckt. Zumal im ausländischen Beschauer.

Hitlers Außere wirkt zweifellos Fragen auf. Etwa: gibt es eine Verschwörung der Fotografen? Man könnte meinen, sie hätten sich alle verabredet, den Herrn Volkskanzler lächerlich zu machen. Selbst die begeistertsten Anhänger kommen daran nicht mehr vorbei. Erst neulich sah man ihn wieder auf der Titelseite einer Illustrierten, wie er dem greisen Feldmarschall der Republik die Hand in einer Haltung schüttelt, als wolle er ein Gedicht aufsagen und komme vor soviel Ehrwürdigkeit nicht weiter. Aber das war nur das vorläufig letzte Glied einer langen Kette. Der Reichskanzler im Nietzsche-Archiv, Adolf Hitler in der Festvorstellung der „Meistersinger“, der Kanzler vor der Kabinettsitzung, der Führer begrüßt Ministerpräsident Göring — übrigens lange her, daß wir gerade dies sahen — auf die Frage: wer ist hier Adolf Hitler? antworten alle diese Bilder: der Unbedeutendste. Und doch der Auffallendste. Weil der Komischste.

Sind es wirklich die Fotografen, die den Herrn Reichskanzler lächerlich machen, oder tut er es selbst?

Es gibt, man muß es ihm beziehungsweise den Fotografen lassen, auch eine andere Sorte Bilder: der Führer spricht zu seiner SA oder Adolf Hitler im Reichstag am 30. Januar. Da sieht er etwas besser aus. Neutral sind ferner die einfachen Brustbilder und Kniestücke. Auch da gibt es freilich Sonderbarkeiten. Auf einer viel verbreiteten Postkarte schielt er finster in die Ecke, als wollte er fragen: wer hat da eben gelacht? Doch sind hier immerhin Bürstchen, Strähne und das Dazwischenliegende zu einer Maske zusammengerastet, die in gewissen Augenblicken etwas sehr Konzentriertes hat.

Aber diese Postkarten sind unglaubwürdig. Ich habe den Mann jahrelang bei vielen Gelegenheiten aus der Nähe gesehen und kann nur sagen: die eindrucksvollen Bilder sind gefälscht. Das Imperatorische, zu dem sich manche versteifen, ist eine fotografische Lüge. Ich sah ihn einmal im Münchener Zirkus Krone, noch in den Anfangsjahren. Da stand er im schwarzen Cutaway vor der tobenden Menge und fand das Wort nicht. Plötzlich beugte sich die damals noch hagere schwarze Gestalt vor, faßte mit beiden Händen den Tisch, den sie vor ihm aufgestellt hatten, schob ihn etwas nach vorn, dann wieder etwas zurück — wahrhaftig, er trug mit eigenen Führerhänden den Tisch über das Podium. So vorlegen war er.

Doch warum bekommt er beim Reden immerhin Form und verliert sie so unfehlbar im Gespräch zu zweien oder im kleinen Kreise? Sehr einfach: er hat Angst. Er wird — jede Geste verrät es, von einer ständigen Angst verfolgt, er könne jetzt schon wieder etwas falsch gemacht haben, und im nächsten Augenblick werde es ihm jemand sagen. Das vertritt er nicht. Ganz sicher fühlt er sich darum nur vor einer Volksversammlung, in der niemand widerspricht. Wohl gemerkt: eine Versammlung, wie er sie erfunden hat; aus der Zwischenrufer sofort hinausgeprügelt werden. Seine Versammlungen tragen den persönlichen Stil seiner inneren Unsicherheit.

Kein Staat gibt soviel auf donnernde, junkelnde Repräsentation wie der nationalsozialistische. Es ist schon ein Poch, daß ausgerechnet dieses Staatswesen eine solche Gestalt an der Spitze hat. Argus.

Mittel der Abwertung greifen wird. Man spricht in geheimnisvoller Weise „von einer andern Methode“, die Deutschland in die Lage versetzen soll, „jede Konkurrenz“ zu bestehen.

Schließlich werden Verhandlungen mit den Gläubigern angekündigt, die eine Klärung bringen müßten, damit Deutschland nicht aus der Reihe der Rohstoffbezieher ausscheide. Das stellt die Ankündigung eines allerschärfsten Erpressungsversuchs dar. Gleichzeitig erinnert man allerdings daran, daß Deutschland noch erhebliche Reserven an Auslandskapital besitze. Der Bestand an Auslandseffekten, die sich zum größten Teil in Privatbesitz befinden, betrage noch wenigstens 1 Milliarde Mark; aus ihnen könne man wenigstens die Hälfte des Betrages verflüssigen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß man sich schon reichlich mit Rohstoffen eingedeckt habe. Diese letzten Reserven, so wird angedeutet, würden es Deutschland ermöglichen, längere Zeit ohne jede ausländische Hilfe seine Produktion in Gang zu halten. Diese Bemerkung kann als die Drohung angesehen werden, einen rücksichtslosen Handelskrieg zu eröffnen, vielleicht aber auch die gewollt unbestimmte Ankündigung schärfster Feindseligkeiten.

Gift als politisches Kampfmittel?

Räubergeschichten oder . . . ?

Leipzig, 18. März. In einem am Donnerstag vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts eröffneten Hochverratsprozess soll jetzt der Beweis erbracht werden, daß die Kommunisten nicht davor zurückgeschreckt wären, auch Gift als politisches Kampfmittel zu verwenden. Der Hauptangeklagte in diesem Verfahren ist der Schleifer Hillauf. Das Gift wurde am 11. März vorigen Jahres im Keller der Wohnung des Antragehalters Huppert gelüftet, bei dem Hillauf ein Zimmer als Untermieter hatte. In einem Schubkasten waren 3,5 Kilogramm Cyanatrium verpackt, außerdem Kupfervitriol. Bei der Hausdurchsuchung wurden ferner Schwefelsäure, Salpetersäure, chemische und physikalische Instrumente, Treibriemen und Schleifsteine ausgetrieben. Als Erklärung für den Besitz des Giftstoffes gab Hillauf noch fünf weitere Kommunisten vor dem Reichsgericht an, die als vorübergehende Verwahrer des Giftes in Frage kommen. Der Verlauf des Prozesses soll zeigen, wie weit diese Angeklagten über den Verwendungszweck des Cyanatriums Kenntnis hatten. Ein Sachverständiger wird darüber gehört werden, welche Wirkung das Gift auf Menschen hat; nach bisherigen Gutachten sollen die vorgefundenen Giftmengen ausreichend sein, um 18000 Menschen zu vergiften. In dem Prozeß sind 20 Anwesen geladen.

Ein Sachverständiger

Er kennt Dachau

Aus Regensburg wird gemeldet: Der Möhrige verheiratete Hilfsarbeiter Sebastian Hartmüller ist in Schubhaft genommen worden, weil er über das Konzentrationslager Dachau Gräueltaten verbreitet hat. Hartmüller war im Vorjahre längere Zeit im Konzentrationslager Dachau untergebracht gewesen.

Riesen-Razzia

auf den Rhein-Herne-Kanal

Düsseldorf, 14. März (Nachr.). Auf allen Schiffen des Rhein-Herne-Kanals von Duisburg bis Dortmund — einer Strecke von 50 Kilometern — hat die Geheime Staatspolizei eine Riesenrazzia nach Waffen und verbotenen Schriften durchgeführt. Es wird behauptet, daß eine Anzahl von Waffen und illegalen Schriften beschlagnahmt worden sei. Gegen 12 Kahnkiffer, die bei dieser Aktion verhaftet wurden, soll ein Hochverratsverfahren eingeleitet werden.

Französische Verfassungsrevision

Zwei Kammerausschüsse

Paris, 18. März. Die Kammer hat ohne Debatte beschlossen, zwei neue Ausschüsse zu bilden, von denen sich der eine mit der Verwaltungsreform befassen und aus 44 Mitgliedern bestehen soll, während der andere, der nur 33 Mitglieder umfaßt, mit der Vorbereitung einer Verfassungsreform beauftragt ist. Es handelt sich bei dieser Entscheidung zunächst nur um eine grundsätzliche Bereitschaft, die verschiedenen Vorschläge zur Verwaltungs- und Verfassungsreform einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Schon der Umstand, daß die Bildung der beiden Ausschüsse ohne Aussprache beschlossen werden konnte, zeugt davon, daß die Kammer bei ihren Beschlüssen nicht der Auffassung war, umstürzende Maßnahmen einzuleiten. Das französische Parlament wird heute in die Okerseilen gehen, die dieses Jahr wahrscheinlich etwas länger als üblich dauern werden. Der Termin für den Wiederzusammentritt des Parlaments ist noch nicht festgesetzt, jedoch rechnet man mit Anfang Mai.

Stavisky in Belgien

Belgischer Exminister schwer kompromittiert

Brüssel, 15. März. Die Nachricht aus Paris, daß der belgische Senator und ehemalige Kultusminister Robert Petitjean, der der Liberalen Partei angehört, gleichfalls im Scheckbuch Staviskys aufgeführt ist, hat im belgischen Parlament Aufsehen erregt. Vor längerer Zeit war der Name Petitjeans schon einmal flüchtig im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal aufgetaucht. Man hatte Petitjean schon damals geraten, sein Mandat niederzulegen. Tatsächlich ist er bis vor einigen Tagen auch nicht mehr im Senat erschienen. Der Thronwechsel und die anderen politischen Ereignisse der letzten Wochen hatten die Angelegenheit in Vergessenheit geraten lassen, und Senator Petitjean schien sich wieder ziemlich sicher zu fühlen, denn seit einigen Tagen nahm er wieder an den Parlamentsarbeiten teil. Die Einzelangaben über die Anzahl und die Höhe der Schecks, die Petitjean erhalten hat, haben noch keinen Aufschluß gegeben über die Art der Beziehungen, in denen der liberale Senator zu Stavisky gestanden hat. Es wird behauptet, daß er die Rolle eines Rechtsberaters Staviskys in belgischen Angelegenheiten gehabt habe. Petitjean bestritt nicht, die Schecks, die sich auf 200.000 belgische Franken belaufen, erhalten zu haben. Es wird angenommen, daß Petitjean bis zur Aufklärung der Angelegenheit sein Mandat niederlegen wird.

Der Völkerbund als Gläubiger

Länder, die sich vor den Beiträgen drücken

Stephane Lauzanne, der Chefredakteur des Pariser „Matin“ veröffentlicht in „The Far Eastern Review“ (die Ausgabe) eine Statistik, die von einer wenig bekannten Seite des Völkerbundes berichtet: Den Völkerbund hat man oft mit einem großen internationalen Klub verglichen, in dem die Mitglieder sich treffen, miteinander plaudern, Anichten über Tagesereignisse austauschen und gelegentlich Geschäfte zum Abschluß bringen. Es besteht mindestens ein Unterschied zwischen dem Völkerbund und einem Klub, nämlich der, daß ziemlich viele Mitglieder es unterlassen, ihre Beiträge zu zahlen. In einem gewöhnlichen Klub führt dies zu der höflichen Aufforderung, das Austrittsgesuch einzureichen. In dem Völkerbund werden die Namen der säumigen Rabler nur auf eine Liste gesetzt. Im Jahresbericht des Völkerbundssekretariats für das Jahr 1933 sieht diese Liste wie folgt aus:

Staaten	Gesuldeter Betrag in Goldfr.
Albanien	20 561
Polen	910 794
Chile	448 809
Dominikanischer Freistaat	24 082
Guatemala	84 022
Dalri	24 686
Danubias	294 827
Rosumbien	43 408
Rusa	311 854
Siberia	85 012
Nikaragua	244 842

Ihr „Götzenanbeter“!

Beispielloser Vorgang in der Berliner St.-Hedwigs-Kirche - Die Presse schweigt . . .

In Berlin gab es vergangenen Sonntag im Anschluß an die Postpredigt in der katholischen Kirche St. Hedwig eine Sühneandacht, die die Gläubigen in außerordentliche Erregung versetzte, zumal aus diesem Anlaß der Bischof Dr. Bares mit allen Priestern des Domkapitels persönlich erschienen war. Was war geschehen? Am 1. März trat während der Frühmesse in der genannten Kirche ein junger Mann auf den zelebrierenden Priester zu, gerade als er die hl. Kommunion ausstelte.

Es kam zu einem beispiellosen Aufruhr. Der junge Mensch verlor dem Geistlichen den Kelch zu entreißen. Im Handgemenge, an dem sich zahlreiche Gläubige beteiligten, fiel der Kelch mit Inhalt zu Boden. Der Angreifer ergriff die Hostie, zerbrachte sie in der Hand und ließ gotteslästerliche Schimpfwörter aus, unter denen der Ausruf „Ihr Götzenanbeter“ noch der mildeste war. Vor dem Schlichtrichter wurde er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er bezieht sich zur Begründung seines Vorgehens u. a. auf Rosenbergs Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ . . .

Selbst in den schlimmsten Wirren der Revolutionstage von 1918/19 hat sich ein derartiger Vorgang niemals ereignet. Niemals hat es ein gottloser Spontakist gewagt, einen Priester in dieser Weise zu attackieren. Der Vorfall beweist, wohin die Erziehung führt, die die Nazisünger im Zeichen der Lehren Rosenbergs und Reventlows genießen. Ueberläufig zu sagen, daß die gesamte deutsche Presse den Vorfall verschwiegen. Welch eine Sensation wäre ein solches Ereignis in den Jahren von „Reimor“ für sie gewesen!

Schulte und Faulhaber

Freiburger Hitler-Jugend terrorisiert die Buchhändler

Überall gehen die Auseinandersetzungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus weiter. Ein neuer Hirtenbrief des Kölner Kardinals Schulte, der von allen Kanzeln seiner Erzdiözese zur Verkündung kommt, wendet sich gegen gewisse Bücher und Zeitungen, welche die Religion des Hasses und des Blutes predigen. Die Kirche mißt diese Lehren als heuchlerisch verurteilt.

Der Jörn gegen Kardinal Faulhaber hat, wie wir jüngst berichteten, dazu geführt, daß seine Schrift „Judentum, Christentum, Germanentum“ von der Fachschaft des Freiburger Buchhandels zurückgezogen und die noch vorhandenen Exemplare in den Verlag zurückgeschickt wurden. In den Notizen der deutschen altschichtlichen Blätter sah es so aus, als ob es sich um einen freiwilligen Entschluß gehandelt hätte. Was aber war in Wahrheit geschehen? Das Mannheimer „Hakenkreuzbanner“ berichtet es. Die Freiburger Hitlerjugend habe eingegriffen, ihre Abgesandten zu den Buchhändlern geschickt und sie „davon überzeugt, daß ein derartiges Buch heute nicht mehr zeitgemäß ist, weil es eine einzige Lüge darstelle“. Daraufhin mußten sich die Buchhändler verpflichten. . . . Siehe oben. Das Mannheimer Nachrichtenblatt fügt hinzu, daß die Freiburger Hitlerjugend damit ein Beispiel für ganz Deutschland geliefert habe. Die deutsche Jugend ist nicht gewillt, ihre Vorkahren beschlimpfen zu lassen und sorgt für Abstellung solcher Uebel.“ Kurz, es wird offen zugestanden, daß man die Freiburger Buchhändler unter braunen Druck gesetzt hat.

Unter predigen im Braunhemd

Ein kennzeichnendes Verbot

Der mecklenburgische Oberkirchenrat hat den ihm unterstellten Geistlichen, soweit sie der SA oder SS angehören, gestattet, bei Feldgottesdiensten und anderen von der NSDAP getragenen gottesdienstlichen Veranstaltungen im Braunhemd oder in ihrer Dienstuniform zu predigen.

Nach einer amtlichen Mitteilung wurde der Pfarre Georg Raffler von Stahl bei Landsberg am See wegen seiner ablehnenden Einstellung zum nationalsozialistischen Staat und seinen Symbolen, die er wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, in Schubhaft genommen.

Wegen abfälliger Äußerungen über Landesbauernführer Werner Piskowik wurde der Gutbesitzer Hensel-Piskowik in Schubhaft genommen.

Barcelona ohne Strom

Die Elektrizitätsarbeiter streiken

Das Madrid, 16. März. Aus Barcelona wird gemeldet, daß die Bemühungen, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Elektrizitätsgewerbe herbeizuführen, gescheitert sind. Die Arbeiterschaft der größten Elektrizitätswerke und des Gaswerkes hat dort in der Nacht zum Freitag in den Streik getreten. Die katalanische Regierung hat zur Aufrechterhaltung dieser lebenswichtigen Betriebe Spezialisten der Armee und der Marine eingesetzt und damit zunächst wenigstens vermieden, daß diese Millionenstadt ohne Licht und Kraft bleibt. Hervorzuheben ist dabei, daß von den

katalanischen Elektrizitätswerken nicht nur Katalonien, sondern außerdem noch ein großer Teil von Kragnon bis Saragossa abhängt. Gewalttätigkeiten und Störungen des öffentlichen Verkehrs haben sich bisher nicht ereignet. Gerüchte, wonach Frankreich einen Sonderanlandten in Katalonien ernannt habe, werden von sämtlichen zuständigen Stellen auf das energischste dementiert.

In Madrid haben streikende Bauarbeiter wieder zwei Bomben an Neubauten zur Explosion gebracht, die aber lediglich Sachschaden angerichtet haben.

Das Neueste

Prälat Kaas ist vom Papst zum Wirklichen Apostolischen Protonotar ernannt worden.

Die erste Dreierbesprechung in Rom, die über zwei Stunden dauerte, hat insofern ein bemerkenswertes Ergebnis gehabt, als die Abreise von Dollfus und Gumbold auf Samstagabend verschoben wurde. Der Grund hierzu ist, daß man übereingekommen ist, auch politische Erklärungen abzugeben.

Auf Veranlassung des französischen Innenministers hat die Pariser Polizei eine Broschürensendung beschlagnahmt, die unter dem Titel „Dimittroff“ für die kommunistische Partei bestimmt war und in einer dem kommunistischen Geschmach entsprechenden Weise den Leipziger Prozeß behandelte. Diese Broschüren sollen angeblich in deutscher Sprache abgefaßt sein. Die Polizei hat ebenfalls eine Sendung anderer Broschüren beschlagnahmt, die das Leben im Konzentrationslager Sonnenburg behandeln.

Im Verlaufe einer am Donnerstagabend von der kommunistischen Partei abgehaltenen großen Versammlung in einem großen Pariser Saale schloß sich ein italienischer Staatsangehöriger eine Regel in den Kopf. Er hatte zwei Ausweisarten bei sich, die eine auf einen italienischen, die andere auf einen französischen Namen. Der Grund zu der Tat ist unbekannt.

Der Haushaltsvoranschlag für das britische Heer wurde vom Unterhaus ohne Abstimmung angenommen. Im Oberhaus fand am Donnerstag eine neue Abklärungssprache statt.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hört, daß die drei Regierungen der Kleinen Entente gegenwärtig darüber beraten, ob sie der Sowjetregierung die offizielle Anerkennung gewähren wollen.

Am Mittwoch gegen 19 Uhr gelang es, auch die Leiche der im Kleinen Baiserial verunglückten Skifahrerin zu bergen. Es handelt sich bei den drei auf so tragische Weise ums Leben gekommenen um drei Ödler der Technischen Hochschule Dresden im Alter von 20-24 Jahren, die in Winterurlaub in Nizhnyen weilten.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erklären die amtlichen russischen Stellen, daß die Meldung des „Daily Telegraph“, wonach die Sowjetregierung beabsichtigt sei, einen neuen Pakt über gegenseitige Unterstützung und Zusammenwirkung abzuschließen, der dem Nizhnyariffspatz anzuschließen wäre, nicht den Tatsachen entspreche.

Zur Rettung der schiffbrüchigen Polarfahrer des vor drei Wochen untergegangenen Schiffes „Tscheljuskin“ sind bisher folgende Kräfte eingesetzt worden: 3 Flugzeuge auf Kap Neelen, 1 Flugzeug auf Cap Semernow, 2 Flugzeuge, die über Neuport nach Alaska gebracht wurden. Aus Gaborow kommen 3 Flugzeuge. Ferner sind die Dampfer „Gallingrad“ mit 2 und „Smolensk“ mit 3 Flugzeugen unterwegs. Ein drittes Schiff „Sowjet“ bringt 4 Motorschlitten an das Polareis, die neben den Hundeschlitten die Rettung erleichtern sollen. Augenblicklich sind alle erfahrenen Polarkrieger der Sowjetunion für die Rettung der Tscheljuskin-Mannschaft tätig.

Staaten	Gesuldeter Betrag in Goldfr.
Panama	20 940
Paraguay	112 802
Peru	2 217 682
Salvador	80 002
Ungarn	64 173
Uruguay	292 700

Wenn unsere Addition richtig ist, handelt es sich um 17 Länder, die insgesamt 5 Millionen Goldfranken schulden. Dabei ist die Liste nicht einmal vollständig. China sollte auch in der Liste vertreten sein, denn es schuldet dem Völkerbund rund 9 Millionen Goldfranken. Nach vielen Verhandlungen erklärte es sich bereit, jährlich 400.000 Goldfranken abzuzahlen. Die erste Zahlung wurde letztes Jahr geleistet. Der Himmel möge erlauben, daß ein gleicher Betrag in diesem Jahr gezahlt werde! Besonders amüsant ist die Tatsache, daß wir auf der Liste die Namen derer finden, die den Völkerbund mit ihren Beschwerden und Streitigkeiten am meisten beunruhigen. So ist China, der schlechteste Rabler unter den Mitgliedern des Völkerbundes, auch dessen Liebhabstind. Ebenso ist Ungarn einer der unzufriedensten Mitglieder des Klubs. Es nimmt an jeder Debatte teil, veragt aber, sich an den Kosten der Debatte zu beteiligen, und schuldet dem Sekretariat rund 65.000 Goldfranken. Ebenso verhalten es Paraguay und Bolivien, die sich an den Völkerbund wenden, wenn ein Ariea sie bedroht, dem Völkerbund zu antworten, wenn der Friede wieder herzustellen ist und man sie höflich ersucht, ihren Scheck einzusenden.

Urrecht des Volkes Das Widerstandsrecht

Ehedem dachten auch die Klerikaler anders. Sie, die heute in Deutschland nicht den Hut fin. n. im Geiste Jesu einzusetzen für die Verfolgten, Erniedrigten. Die in Oesterreich den Staatsstreik geschehen ließen, den Bürgerkrieg heraufbeschworen. Wie konnten doch einst die Päpste Fürsten und Völker auftrufen gegen — nach ihrer Meinung — kirchenräuberische Könige. Ein Gregor VII. entband die Deutschen von ihrem Eid gegen Heinrich IV. Später, im 16. Jahrhundert, zur Zeit der französischen Revolution, haben katholische Theologen sogar den „Tyrannenmord“ für erlaubt erklärt, und obwohl dies niemals kirchliche Doktrin war, so hat doch auch das „Haupt der Schule“, der größte der mittelalterlichen Denker, Thomas v. Aquino, das Widerstandsrecht gegen gottlose Könige verteidigt.

Aber lassen wir die Katholiken. Das Papsttum selber hat genug zu verantworten an Verleugnung von Menschenrecht und Christenliebe. Halten wir uns an „germanisches“ Rechtsbewußtsein. Was steht denn im Tacitus, dem ältesten Schilderer der Deutschen? Keineswegs ist die Macht ihrer Könige unbegrenzt und schrankenlos.“ So dachten die Deutschen des ersten Jahrhunderts, zur selben Zeit als christliche Märtyrer für die Freiheit ihrer Ueberzeugungen ihr Leben hingaben. Wie war es später? Fürsten und Stände — ja gerade die Stände, die man heute dem unbehaglichen „Volk“ gegenüber wieder ins Leben rufen möchte — wetteiferten in eiferlüchtiger Behauptung ihrer „Libertäten“, Freiheiten; die einen gegen Könige und Kaiser, die andern gegen die fürstliche Gewalt überhaupt. Freilich nach unten und ganz unten, wo damals die Bauern standen, war man hart. Die Bauern erfuhrens vor und nach ihren Aufständen, in Frankreich, England und Deutschland. Jahrhunderte dauerte es, ehe die Fronde'sten fielen. Jahrhunderte, ehe auch der Bauer sich als gleichberechtigter Staatsbürger fühlen durfte.

In der Neuzeit hat sich zunächst das Bürgertum aus eigener Bedrängnis zum Vorkämpfer der Menschenrechte und auch des Notrechts auf Abwehr ihrer Verleugnung gemacht. In den Kämpfen des englischen Volkes gegen die Willkürherrschaft der Stuarts hat kein geringerer als Milton das Widerstandsrecht leidenschaftlich verteidigt. Später ist Locke, der bedeutendste der englischen Aufklärer, dafür eingetreten gegenüber absolutistischen Theorien. In Deutschland haben sich Ende des 18. Jahrhunderts Fichte und der Rechtslehrer Anselm v. Feuerbach (dieser in einer seiner frühesten Schriften) dafür ausgesprochen. Auch im 19. Jahrhundert fehlte es nicht an Verteidigern. Später wird neues Recht dann, mitsamt dem angeblich erledigten „Naturrecht“, ein Gegenstand rein historischer Reugier, gelehrter Abhandlungen, und selbst das nicht einmal oft. Im Elsterischen „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ findet man das Wort Widerstandsrecht nicht verzeichnet. So sicher schienen Recht und Gesetz begründet in Europa.

So sicher war die Demokratie ihrer selbst geworden, daß sie nicht oder nicht genug beachtete, wie durch den vierjährigen Weltkrieg alle verjährten Gewaltinstinkte wieder geweckt und in der folgenden Wirtschaftskrise von demagogischer Seite neu angestachelt wurden. Man konnte sich tatsächlich nicht denken, daß aus dem Volk herausgestiegene Menschen, wie Hitler und Mussolini, in der Weise mit den Volksrechten umgehen, wie wir es nun erleben. Man überschätzte das Klassenbewußtsein. Man beachtete auch zu wenig, daß eine ganze Anzahl ähnlicher „Tyrannen“ des Altertums — auch der berühmte Dionys — und viele der späteren den „unteren“ oder kleinbürgerlichen Schichten entstammten und eben daher ihr suggestives Handwerk so gut verstanden. Sie wurden zu Reisläufers und bald auch Feldhäuptlingen der Bourgeoisie und erzwungen dann die Freiheit und ihre blinden Bekenner, deren Gutmütigkeit die eigentlich alles verdankten. Wie jene dann erwachten, war es zu spät. Wenigstens fürs erste.

Unsere neuen Napoleoniden — deren keiner dem ersten Napoleon auch nur übers Knie reichte, so sehr sie sich auch strecken — können freilich ihres Lebens nicht recht froh werden. Von einer Emotion steuern sie in die andere. Paraden, Enthüllungen, Ansprohen, ein unausgesetzter und von Anhängern hochgehaltenen Kultus ihrer selbst, sollen nicht nur das Volk, sondern auch das eigene böse Gewissen betäuben. Das ganze Volk soll womöglich zu Teilnehmern ihres Seelenselfmordes werden. Den Leiblichen Tod oder die Einsperrung dem, der sich widersetzt.

Nun, Menschen widersehen sich und werden sich widersehen. Nicht um ihrer Habe willen, nicht um äußeren Er-

Dollfuß: „Freiheit!“

Ein Erlebnis des österreichischen Bundeskanzlers

Von illegal arbeitenden österreichischen Sozialdemokraten erhalten wir folgende Meldung: Am 4. März hielt Bundeskanzler Dollfuß in Villach eine Rede, über die die gleichgeschaltete österreichische Presse berichtete, daß ein kleiner Zwischenfall vorgekommen sei.

Die Wirklichkeit ist wesentlich anders. Die Spannung unter der Menge hatte bereits ihren Höhepunkt erreicht, als Dollfuß das Podium bestieg, um seine Rede vom Stapel zu lassen. Als er feststellte, daß keine Be-„erhebung so groß und mächtig sei wie die österreichische, brach unter den Zuhörern ein schallendes Gelächter aus. Freiheitstürse und Vermüschungen gegen das österreichische Gewaltregime erklangen. Ein Höllenlärm entstand! Der „Volkskanzler“ schwieg und die Organisatoren der Veranstaltung ließen verlegen hin und her. Nach einiger Zeit bekam Dollfuß eine „glänzende Idee“: Seine Sturmtruppen, die rund um das Podium postiert waren, unternahmen auf seinen Befehl einen Angriff mit dem gefällten Bajonett auf die Zuhörer-massen. Auch die Polizei mußte eingreifen, um die Ordnung wieder herzustellen. Als die Aktion beendet war, hatten drei Viertel der Zuhörer bereits das Terrain

verlassen. — Die Rede wurde später auf Grammophonplatten im Radio übertragen. Da man aber die „Beifallshundgebungen“ nicht gut übertragen konnte, unterbrach die Platte die Rede Dollfußs, um mit der Bemerkung fortzufahren: „Im Verlauf seiner Rede führte Bundeskanzler Dollfuß weiter aus...“

Massenverhaftungen

Die Hälfte der Männer von Bruck . . .

Steier, 14. März. (Zuprek.) In der kleinen steirischen Stadt Bruck an der Mur ist, wie wir bereits meldeten, die Hälfte der männlichen Bevölkerung verhaftet. 400 Personen sind in einem Kinosaal eingeschlossen. Sie schlafen auf Strohsäcken. Heimwehren mit aufgezogenem Seitengewehr stellen die Wachen. Ein Maschinengewehr, plaziert auf der Bühne, ist auf die Häftlinge gerichtet.

Die Gefangenen dürfen den Raum täglich nur für einen 10 Minuten währenden Spaziergang verlassen. Ihre Angehörigen haben das Recht, sie durch die Gitter zu betrachten. 250 weitere Gefangene sind in der städtischen Schule untergebracht.

Carl von Ossietzky — Erich Mühsam

Beide in Lebensgefahr

Carl von Ossietzky, als Pazifist und begabter radikaler Schriftsteller den Nazis seit langem verhaßt, gehört zu denjenigen, die als Opfer der provokatorischen Brandstiftung im Reichstag durch die Nationalsozialisten verhaftet und ins Konzentrationslager geschleppt wurden. Selbst die härtesten Arbeiter überleben nicht ohne schwere Schädigung ihrer Gesundheit den Aufenthalt in diesen „neudeutschen Erziehungsanstalten“. Mit noch größerer Wucht laßt der militärische Drill, die unbarmherzige Antreiberei in einem solchen Lager auf dem intellektuellen Schriftsteller Carl von Ossietzky. Sein Schicksal ist um so tragischer, als er bereits Ende des Jahres 1931 wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse für einen Artikel, den er nicht einmal geschrieben hatte, zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Verfasser kloß vor der drohenden Strafe ins Ausland. Ossietzky, tapfer und aufrecht für seine Gesinnung einsetzend, stellte sich dem Gericht und verbüßte fast die ganze Strafe.

Die wenigen Menschen, die Gelegenheit hatten, Ossietzky jetzt zu sprechen, schildern ihn als einen gebrochenen Menschen, der am Rande seiner Kräfte ist. Das Internationale Befreiungskomitee für Thalmann und alle eingekerkerten Antifaschisten appelliert insbesondere an alle Schriftsteller-Organisationen der Welt, sich Carl von Ossietzky anzunehmen und nicht zu dulden, daß er, wie so viele andere, seinen Leiden im Konzentrationslager erliegt. Allein eine wuchtige Protestbewegung ist imstande, das Leben dieses aufrichtigen Mannes zu retten.

Mit zu den ersten Verhafteten in den Märztagen nach Hitlers Regierungsantritt gehört der Nationalsozialisten wie so viele andere tödlich verhaßte anarchistische Schriftsteller Erich Mühsam.

Für seine Beteiligung an der Münchener Räterepublik wurde er 1919 von dem bayerischen Sondergericht zu einer zehnjährigen Festungshaft verurteilt, von denen er sieben Jahre verbüßte. Er verließ die Festung als Schwerkranker. Herz und Ohren waren durch die harten Bedingungen der Haft aufs Schwerste angegriffen. Doch die Behandlung, der Mühsam jetzt im Konzentrationslager ausgesetzt ist, übertrifft alle Härten seiner damaligen Haft. Man riß ihm seinen Bart aus, schnitt in sein dichtes Haar ein Hakenkreuz, verprügelte unter Gummiknüppel- und Peitschenschlägen Mühsam zum Abhängen „nationaler Lieder“ zu bewegen. Als Begründung für diese barbarische Behandlung wurde angegeben, Mühsam sei einer der Verantwortlichen für den sogenannten Gesselmord, den die Münchener Räterepublik an Angehörigen des deutschen Adels begangen haben soll. Tatsache war, daß Mühsam sich bereits zur Zeit dieser Tat in Haft befand. Ein Jahr hat genügt, um aus dem Schwerkranken einen Sterbenden zu machen. Infolge der ununterbrochenen Mißhandlungen und der völligen Entblößung ärztlicher Hilfe ist Mühsam völlig ertaubt. Nach den letzten Meldungen soll Mühsam nach einer neuen Prägung, während der er wiederum gezwungen werden sollte, nationalsozialistische Lieder zu singen, einen so schweren Nervenschock erlitten haben, daß seine Freunde, die die brutale Szene miterlebten, der Meinung sind, Mühsam sei durch Prügel zum Wahnsinn getrieben worden. Es ist ein Gebot tiefer Menschlichkeit, für die sofortige Freilassung Mühsams einzutreten und das Internationale Befreiungskomitee für Thalmann bittet alle Organisationen und Intellektuellen mit ihm dafür zu kämpfen, den Qualen Mühsams durch sofortige Freilassung ein Ende zu bereiten.

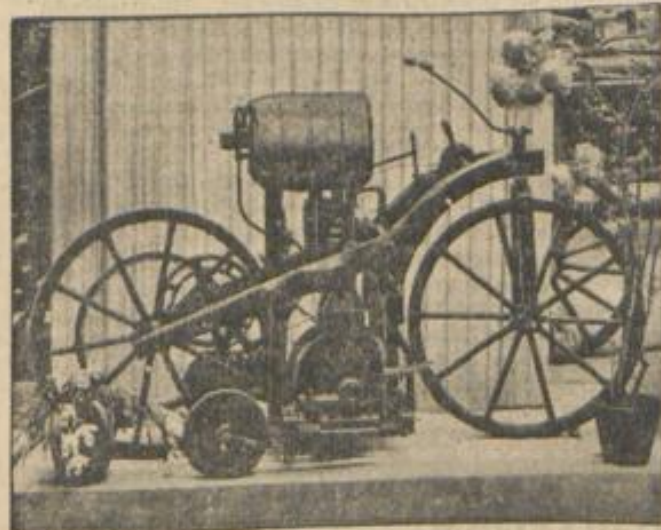
folges willen. Was hatten die österreichischen Arbeiter zu hoffen, als sie sich den bürgerlichen und aristokratischen Nachahmern Hitler und seines Vorbildes Mussolini widersetzen? Nichts, recht gesehen. Sie totens um der eigenen Ehre und der Ehre der Menschheit und um des Volkes willen, ihm ein Beispiel zu geben. Die Hoffnung, es mit fortzureißen, konnte nur schwach sein, wenn sie überhaupt vorhanden war. Ruhm ihnen, dauernden Ruhm, daß sie als die ersten in Europa aufstanden wider die faschistische Tyrannei, das Urrecht des Menschen auf Gerechtigkeit verfochten mit ihrem Leben. Denn das ist ein Unrecht, wie es ein Unrecht des Volkes ist, sich in freier Verfassung äußern zu dürfen. Was in Jahrhunderten erkämpft wurde, mag wohl in einem Rückschlag in Barbarei eine Weile verloren gehen, aber nur um gestärkt und geläutert wieder heraufzutreten.

Unsere Napoleoniden wissen auch das — und eben deshalb beteuern sie die eigene epochale Bedeutung. Jawohl, ihr macht Epoche in der Unmenschlichkeit und eine Weile ist euch vergönnt, zu scheitern, damit einmal offenbar werde, wer Mensch sei und wer nicht. Euer Urteil nicht nur vor dem Stuhl der Geschichte, nein, ich sage das mit allem Nachdruck: vor Gottes Stuhl, dessen Namen ihr ebenso mißbraucht wie den heiligen Namen „Volk“, ist längst gesprochen. Es kann nicht sein, daß in der Welt Lüge, Meineid und Gewalt das letzte Wort behalten. Es wird euch auch nicht gelingen, die zu Verbrechern umzu-

fälschen im Andenken der Menschheit, die wider eure Proklamationen des Unrechts zu den Waffen griffen. Zum letzten, was dem freien Mann bleibt, gerade noch „germanischem“ Rechtsbewußtsein. Oesterreichs Arbeiter haben weit mehr verteidigt als Marx und seine aufwühlende Lehre, sie haben Schiller und Herder, ja alles verteidigt, was je in Deutschland von Menschenwürde und Menschenrecht sang und sprach.

Wird Europa dies Opfer verstehen? Bieleicht fürs erste nicht. Sein Bürgertum ist in der kapitalistischen Epoche zum großen Teil den eigenen Idealen untreu geworden. Der Bauer schaut ohnehin nur schwer über die eigene Scholle und ihre Sorgen hinaus ins Weite. Der Wille zu menschheitlicher Erneuerung lebt heute überwiegend in den Arbeitern. Auch er läßt sich nicht dauernd verführen, rückwärts ins „Nationale“, nein: Tierische. Oesterreichs kämpfende, kämpfend unterlegene Arbeiter sind für Menschentum aufgestanden, und ein Aufleuchten geht durch viele Augen, auch über ihre Klassengenossen hinaus. Einst, wenn die Völker sich in Wien, als Europas natürlicher Hauptstadt, versammeln werden, wird man ihres Heroismus noch anders denken als heute. Nun aber scheint es mir Pflicht an alle, die sich noch einiger Freiheit und Anskömmlichkeit erfreuen können, die nicht im Stich zu lassen, die sie im Lande des Terrors und der Beraubung zurücklassen mußten. Denkt der Opfer, der toten, denkt mehr noch der lebenden.

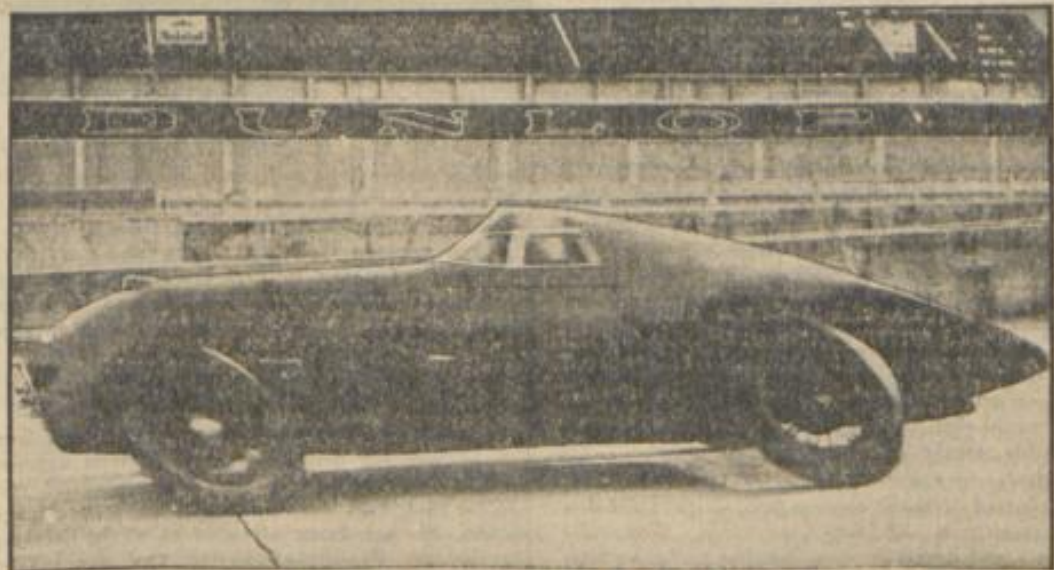
Vindex.



Zum 100. Geburtstag des Autopioniers Gottlieb Daimler

Das erste Motorrad, das Gottlieb Daimler schuf

Ebenso wie mit seinen Automobilkonstruktionen hat er damit eine Industrie ins Leben gerufen, die heute sich über fast alle Länder der Welt erstreckt und viele Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt.



Originalbild von der Weltrekordfahrt des Engländers Eyston

Ein laufender Schatten — das ist der Stromlinienwagen des Engländers Eyston auf der Montlhéry-Bahn beim Paris. Eyston stellte hintereinander vier neue Weltrekorde, und zwar über 1000 Kilometer, über 2000 Kilometer sowie über 12 und 48 Stunden auf.

Passive Handelsbilanz

Im Februar gestiegener Einfuhrüberschuss

dab. Berlin, 14. März. Die Einfuhr betrug im Februar 378 Mill. RM. Es ergibt sich somit eine Steigerung der Einfuhr um 6 Mill. RM. gegenüber dem Vormonat. Die Lebensmittelaufuhr, die im Vormonat bereits stark zurückgegangen war, hat sich im Februar nochmals um 10 Mill. RM. vermindert. Soweit sich jetzt schon feststellen läßt, sind an der Steigerung der Einfuhr überwiegend die überseeischen Rohstofflieferanten beteiligt, und zwar in erster Linie China (Oelfrüchte) und Argentinien (Wolle). Aus europäischen Ländern hat die Einfuhr in der Hauptsache abgenommen.

Die Ausfuhr betrug im Februar 343 Mill. RM. Gegenüber dem Vormonat hat sie um 7 Mill. RM., d. h. um rund 2 v. H. abgenommen. Die mengenmäßige Abnahme der Ausfuhr hängt wohl ausschließlich mit der geringeren Zahl

von Tagen im Februar zusammen. Mengenmäßig liegt die Ausfuhr im Februar d. J. noch etwas über Vorjahresstand. Abgesehen von einer unerheblichen Verminderung der Lebensmittelausfuhr liegt der Rückgang vom Januar auf Februar ausschließlich bei Rohstoffen, und zwar sind hier die Kohlenlieferungen gegenüber dem Vormonat stark gesunken. Die Fertigwarenausfuhr war leicht erhöht. Nach den vorläufigen Feststellungen entfällt der Ausfuhrückgang im wesentlichen auf europäische Länder. Abgenommen hat besonders die Ausfuhr nach den Niederlanden, UdSSR., Norwegen, Belgien, Luxemburg und Frankreich. Höher war die Ausfuhr nach Großbritannien, Schweden und der Tschechoslowakei. Die Handelsbilanz schließt im Februar mit einem Einfuhrüberschuß von 35 Mill. RM. ab nach 22 Mill. RM. im Vormonat. Die im Januar eingetretene Passivierung der Handelsbilanz hat sich also im Februar noch verstärkt.

Schacht wird isoliert

Aus den Reden, die die Wirtschaftsführer des „dritten Reiches“ auf den Generalversammlungen der großen Unternehmungen halten und selbst aus den Äußerungen der gleichgeschalteten Wirtschafts- und Finanzzeitschriften Deutschlands geht für denjenigen, der zwischen den Zeilen lesen kann und die Stimmung aufmerksam beobachtet, immer deutlicher hervor, daß die Stellung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erschüttert ist.

Je schwerer der Stand der Exportindustrie im Wettbewerb mit dem Auslande, das seine Währungen aus Konkurrenzgründen abwertet, wird, je geringer die Deviseneingänge sind und vor allem je unlösbarer das Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung sich gestaltet, um so bestimmter treten die Forderungen nach einer Devaluation der Mark auf. Man beginnt immer mehr einzusehen, daß der ganze Schwindel des Arbeitsbeschaffungsprogrammes des Jahres 1933 nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, weil die Überzeugung, daß hierdurch eine irgendwie nennenswerte Erleichterung der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht erzielt worden ist, während man riesige Beträge subventionweise in die Taschen aller möglicher Bevölkerungsgruppen, vor allem der Rüstungsindustrie, der Hausbesitzer usw. fließen ließ, nachgerade Allgemeingut geworden ist. Auch die offiziellen Berichte müssen jetzt immer entschiedener von ihren eigenen Feststellungen, die man im vergangenen Jahre veröffentlichte, abrücken. So hat man die Behauptung, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm mehr als zwei Millionen Menschen in den Beschäftigungsprozess eingeschaltet worden sind, aufgegeben.

Das Konjunkturinstitut hat in seinem letzten Bericht offen zugegeben, daß in der Zeit vom 4. Vierteljahr 1932 bis zum 4. Vierteljahr 1933 die Zahl der regulär und zusätzlich Beschäftigten insgesamt um 1,2 Millionen zugenommen habe. Selbst nach den Schätzungen des Institutes hat die freie Wirtschaft hiervon nicht ganz 75 Prozent (also höchstens 900 000 Menschen) aufgenommen.

Wäre diese neue, allen früheren Behauptungen des Institutes selbst kraft widersprechende Feststellung wahr, so würde sich also die Entwicklung des Beschäftigungsstandes und übrigens auch der gesamten Industrieproduktion nur durchaus im Rahmen der internationalen Konjunkturkurve halten. Man hat also im Hinblick auf die deutliche Sprache der Tatsachen jetzt selbst endgültig die früheren Propaganda-Phrasen zum alten Eisen geworfen, nach denen Deutschland durch die Wunderwirkung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes unabhängig von der Weltlage eine selbständige Milderung seiner wirtschaftlichen Krisennot bewerkstelligt habe. Nur ganz nebenbei sei bemerkt, daß auch die neuen Feststellungen der Wahrheit zwar erheblich näher kommen, sie aber noch keineswegs erreichen.

Unter den 900 000 Menschen, die angeblich Arbeit gefunden haben, ist eine gewaltige Zahl, die nur mit künstlichen Maßnahmen vorübergehend Beschäftigung gefunden haben.

Im besten Falle ist es durch die Ertelung von Rüstungsaufträgen, die ja den eigentlichen Kern des sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogrammes bildeten, gelungen, einen weiteren neuen Verfall der Konjunktur im Jahre 1933 künstlich auszugleichen. Der enorme Rückgang des Exportes würde allein genügt haben, um mindestens 4 bis 500 000 Arbeiter neuerdings aus dem Produktionsprozess ausschalten. Wenn es gelungen ist, dies mit dem riesigen Aufwand an staatlichen Geldern und offizieller Propaganda, durch verschärfte politischen Druck und durch eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere durch die Einführung von Kurzarbeit ohne Lohnausgleich zu verhindern, so ist dies das allerdings recht bescheidene Verdienst der grandiosen „Arbeitsbeschaffung“. Das Ergebnis steht allerdings in einem krassen Widerspruch zu den aufgewandten Mitteln.

Nach dem Voranschlag sollten sich die direkten Zuschüsse zur Arbeitsbeschaffung bis Ende 1933 auf rund 5,5 Milliarden Mark belaufen. Von dieser durch Hitler „beschlossenen“ Summe betrug die von Reinhardt bewilligte nur ungefähr die Hälfte, nämlich 2,8 Milliarden. Wieder die Hälfte dieses Betrages, also 25 Prozent der großartig beschlossenen und in alle Welt verkündeten Summe von 5,5 Milliarden, nämlich 1,4 Milliarden, wurden von der Reichsbank wirklich ausgezahlt. Durch unzählige Kanäle ist dieser Betrag in alle möglichen Taschen geflossen aber eine wirkliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl hat, wie an dieser Stelle mehrfach nachgewiesen wurde, tatsächlich stattgefunden.

Die geringe Steigerung der Beschäftigtenziffer, die sich aus der Krankenkassen-Statistik ablesen läßt, entfällt auf den freiwilligen Arbeitsdienst, auf die Landhelfer, Notstandsarbeiter usw., kurz, auf Einstellungen, die eine wirkliche Entlastung der deutschen Erwerbslosigkeit nicht darstellen.

Diese rund anderthalb Milliarden aber sind endgültig verpufft. Herr Schacht, der um die Auszahlung jeder Million einen zähen Kampf geführt hat, will sich jetzt im Zeichen einer immer schwieriger werdenden Lage der Reichsbank deren Notendeckung wieder längst weit unter 10 Prozent

gesunken ist, nicht hergeben. Er weiß überdies genau, daß es im Auslande nicht unbekannt ist, daß die 1933 ausbezahlten 1,5 Milliarden vollauf genügt hätten, um die gesamten ausländischen Schuldverbindlichkeiten dieses Jahres zu bezahlen und er mag schon mehr als einmal darauf hingewiesen worden sein.

Man empfindet den heutigen Reichsbankpräsidenten also unter dem Gesichtswinkel einer Fortführung der „Arbeitsbeschaffung“ im Jahre 1934 als ein schweres Hindernis.

Daneben sprechen aber auch sozialpolitische Erwägungen bei den „Führern“ in Politik und Wirtschaft immer energischer gegen die Fortsetzung der von Herrn Schacht immer weiter durchgeführten Politik einer Aufrechterhaltung des sogenannten Goldstandards der Mark. An und für sich ist dieser „Goldstandard“ natürlich schon längst zu einer hohlen Phrase geworden, denn der Exporteur, der einen Teil seiner Ausfuhrdevisen am freien Markt als Exportvaluta verkaufen kann, erzielt hierfür schon längst einen Zuschlag von 50 Prozent. Wenn man nun aber das neue Arbeitsgesetz durchführen will, d. h. wenn man eine rigorose Senkung der Tariflöhne vornimmt, um auf den Auslandsmärkten wettbewerbsfähig mit denjenigen Ländern zu bleiben, die eine Devaluation ihrer Währung vorgenommen haben, so scheint man ernstliche Schwierigkeiten bei Arbeitern und Angestellten zu fürchten. Hier zeigt sich die Devaluation der Mark als der gegebene Ausweg. Sie würde zunächst nur einen Zustand besiegeln, der in Wirklichkeit schon längst besteht, aber man wäre in der Lage, ohne offizielle Lohnsenkungen durchzukommen. Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten

Die Zwangsverschickung

Hamburg, 11. März. (Inpreß.) Das Hamburger Arbeitsamt hat in Gegenwart von Vertretern der Freie der Versuch gemacht, einer Anzahl junger erwerbsloser Fabrikarbeiterinnen Arbeit in der Landwirtschaft nachzuweisen. (200 000 „Landhelfer ohne Lohn“ sollen bekanntlich bereits in der Landwirtschaft untergebracht worden sein.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt über den Versuch des Arbeitsamtes folgendes: „Es muß hier leider offen ausgesprochen werden: sehr vielen dieser jungen Fabrikarbeiterinnen scheint in der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit das moralische Rückgrat verloren gegangen zu sein. Im Arbeitsamt Kahlhöfen sind etwa 300 ledige junge Fabrikarbeiterinnen zusammengelassen worden, denen Arbeit in der Landwirtschaft nachgewiesen werden soll. Daraufhin melden sich über 150 von 300 krank. Keines der Mädchen meldete sich trotz mehrfacher Anfrage freiwillig für die Landhilfe! 30 Mädchen schieden freiwillig aus der Unternehmung aus und verabschiedeten auf letzliches Geld. 20 Unternehmungsleiterinnen wurden verhaftet, da die Erwerbslosen sich weigerten, die angebotene Arbeitsgelegenheit anzunehmen. Der Rest, etwa 200 Mädchen, erklärte sich zur Arbeitsaufnahme bereit, nachdem ihnen die Verpflichtung zur Arbeit und die Folgen ihrer Weigerung klargestellt wurden. Die Durchführung aber löst, wie sich mehrfach gezeigt hat, bei den häßlichen Erwerbslosen auf vielfachen Widerstand.“ Dieser Bericht ist um so aufschlußreicher, als er erkennen läßt, unter welchem Druck die Erwerbslosen zu nicht diskutierbaren Bedingungen auf das Land verschickt werden.

Triumph des Wohlstandes

2 1/2-Pfennig-Zigarette

(Inpreß.) Der Reichsverband der Handelsvertreter des Tabakgewerbes teilt mit, daß „die Umsätze nicht den Hoffnungen entsprechen. Für Zigarren wurden nur in wenigen Bezirken teils größere, teils die gleichen Umsätze beobachtet. (In den meisten Bezirken gingen also die Umsätze zurück. D. R.) Die Umsätze in Zigaretten waren ungleich und verschiedentlich kleiner. Das weitere Vordringen der 2 1/2-Pfennig-Zigarette lasse schwere Bedenken aufkommen.“

Gestapo im Papierhandel

(Inpreß.) Die Geheime Staatspolizei hat bisher fortgesetzt Erhebungen bei den Papiergroßhändlern angestellt, wo die Papierart aufgefundenen illegaler Flugzettel verkauft worden ist und, falls der Verkauf in größerer Menge stattfand, an wen. Sie hat damit offenbar so wenig Erfolg gehabt, daß jetzt an alle Papiergroßhändler und die Inhaber größerer Papiergeschäfte ein Rundschreiben der Gestapo gerichtet worden ist, das in eindringlichster Form dazu mahnt, Erwägungen des Geschäftsgewinns über die politische Wachsamkeit nicht die Oberhand gewinnen zu lassen. Regelmäßige Papiereinkäufe sollen der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit sein, vor allem dann, wenn es sich um unbekannt

würde zwar sinken, die nominelle Höhe der Löhne wäre aber aufrecht zu erhalten. Das Hindernis ist auch hier wieder Herr Dr. Schacht, der es scheinbar mit seinen früheren währungsrechtlichen Versprechungen genauer nimmt, als es unter den nationalsozialistischen Führern üblich ist. Man hat lange genug versucht, seinen Skrupeln auf gutlichem Wege zu besiegen. Es ist aber offenbar nicht gelungen, denn Dr. Schacht hat sich auf der letzten Generalversammlung der Reichsbank noch einmal ganz ausdrücklich zur Aufrechterhaltung des jetzigen Markwertes bekannt und überdies erklärt, daß das Scrips-System vollauf genüge, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt zu sichern. Die Exportstatistik und gerade neuerdings der katastrophale Ausfall der Leipziger Messe beweisen allerdings das Gegenteil. Herr von Siemens hat soeben auf der Generalversammlung seines Unternehmens recht deutlich betont, daß man Herrn Dr. Schacht nicht mehr folgen könne. Unter den Politikern ist die Abneigung gegen den Reichsbankpräsidenten heute ebenso stark geworden, wie unter den Wirtschaftsführern. Der Nachfolger steht schon bereit in der Gestalt des berühmten Währungstheoretikers der NSDAP., Herrn Gottfried Feder, der jetzt wahrscheinlich doch recht bald die kaum mehr erhoffte Möglichkeit erhalten wird, seine so häufig verkündeten inflationistischen Projekte durchzuführen.

Herr Schacht hat seine Schuldigkeit getan, wie so viele andere, die glaubten, sich in den Dienst des Hitler-Systems stellen zu müssen und hierbei Dank zu ernten. Bevor er aber geht, bedarf man seiner noch zur Durchführung seiner Pläne über die Konsolidierung der deutschen Auslandsschulden. Im April werden sich die Gläubiger Deutschlands erneut in Berlin versammeln und hier wird man ihnen den Vorschlag unterbreiten, in eine Umwandlung der auf fremde Valuten lautenden Forderungen in Reichsmark einzuwilligen, wenn man ihnen als Gegenleistung die Wiederaufnahme des Transfers, also der vollen Zahlungen verspricht.

Hat man erst einmal diese Unterschrift in der Tasche — und man wird sie nach allen bisherigen Erfahrungen ebenso leicht erhalten, wie die früheren Unterschriften — so kann man zur Devaluation schreiten. Bis dahin muß man warten, weil eine Devaluation der Mark, die schon jetzt vorgenommen wird, die Last der deutschen Auslandsschulden nur erheblich vergrößern würde, solange diese auf Dollars, Pfunde, Gulden usw. lauten. Mit dem Augenblick aber, wo man dieses Abkommen mit den Auslandsgläubigern getroffen haben wird bedarf man des sehr hinderlich gewordenen Dr. Schacht überhaupt nicht mehr. Man will seine in anderen Dingen so robuste, aber gerade in der Währungsfrage offenbar so empfindsame Seele nicht mit einem neuen Wortbruch belasten und wird ihn deshalb den gleichen Weg gehen lassen, den sein Freund Hugenberg vor ihm gegangen ist und auf dem ihm wahrscheinlich sein anderer Freund Papen sehr bald folgt. Dem „Feder-Geld“ des bisher so arg verkannten großen nationalsozialistischen Währungstheoretikers gehört die Zukunft und sie wird nicht arm an Überraschungen sein.

Dr. Jan Severin.

Käufer handelt. In allen größeren Papiergeschäften mit mehreren Angestellten soll einer der Angestellten mit der besonderen Überwachung des Verkaufs jener Papierarten betraut werden, die zur Herstellung von Flugzetteln und Flugzetteln verwandt werden können. Verdächtige Käufer sollen so lange hingehalten werden, bis nach telefonischer Benachrichtigung ein Beamter der Geheimen Staatspolizei an Ort und Stelle eintrifft.

Zeichen des „Aufschwungs“

Der Oberbürgermeister von Stuttgart hat angeordnet, daß Personen, die zuziehen, keine Unterstützung erhalten, wenn sie oder ihre Familie beim Zuzug hilfsbedürftig sind oder künftig durch Arbeitslosigkeit hilfsbedürftig werden. Die Vermieter haben keinen Ersatz aus Mietverlusten durch Neuzuzugene zu erwarten. Sie sind angewiesen, derartige Mieter überhaupt nicht aufzunehmen. Die Arbeitgeber im Stadtbezirk sind aufgefordert worden, neuzuzugene Hilfsbedürftigen im Stadtbezirk bei der Einstellung nicht zu berücksichtigen.

13 000 Kraftfahrzeuge weniger in Berlin

(Inpreß.) „In Berlin ist im Februar ein ansehnlicher Zuzug an Kraftfahrzeugen gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen“ schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Sie versieht ihre Notiz, in der sie sich ausführlich mit Personautos, Lastautos, Krafttraktoren usw. beschäftigt, mit der Unterschrift, die sich wie ein neuer Sieg der „Arbeitsbeschaffung“ ausnimmt: „Am 1. März 98 421 Kraftfahrzeuge in Berlin.“

Stellen wir dagegen ganz einfach fest, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge in Berlin am 1. Juli 1932 (nach Angaben des Statistischen Jahrbuches 1933) 111 833 betrug.

Aushungerung der Juden

Amsterdam, 14. März. Der Berliner Korrespondent von „Het Handelsblad“ (Amsterdam) schreibt u. a.: „Man wird in Deutschland nicht eher ruhen, bis man dem deutschen Juden jegliche Möglichkeit, gleich auf welchem Gebiet sein Brot zu verdienen, genommen hat. Und obwohl er noch heute deutscher Staatsbürger ist und man bei der Entziehung der Länderzugehörigkeit mit den Juden keine Ausnahme gemacht hat, sind die Juden doch tagtäglich darauf vorbereitet, daß ihnen bei der strikten Durchführung des Programms der NSDAP. ihre Reichsbürgerschaft genommen wird und sie zu Ausländern gestempelt werden.“

Weitergeben!

Weitergeben!

Werten Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!

Brauner Luftschutz

Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Als an einem schönen Aprilmorgen des Jahres 1933 die gleichgeschaltete deutsche Presse ihre Leser von einem angeblichen Flug feindlicher Flugzeuge über Berlin in Kenntnis setzte, der, wie sich gleich erwies, in Wahrheit niemals erfolgt ist, und als auf Grund dieser plumpen Macho die Forderung nach einem deutschen Luftschutz erhoben wurde — da dachten noch die wenigsten daran, mit welcher frecher und durchschlagender Kühnheit hier ein neuer Weg konstruiert wurde, die allgemeine Militarisierung Deutschlands zu beschleunigen. Die großzügige Propaganda führte knapp darauf zur Gründung des Reichsluftschutzbundes. Zu seinen Aufgaben gehört die Popularisierung der deutschen Luftabwehr, die Schaffung einer deutschen Luftflotte, der Bau von Flugzeugen, die sich im Falle eines Krieges in Bomben- und Jagdflugzeuge umwandeln lassen, die Bereitstellung von Abwehrgeschützen sowie die aktive Durchorganisation der Bevölkerung, die neben einer speziellen freizeitsporttechnischen Ausbildung vor allem den Luftschutz selbst, den Schutz von Gebäuden, Anlagen, Behörden umfasst. Hand in Hand damit geht eine rege Propaganda gegen den Versailleser Vertrag und die Rüstungsbeschränkung Deutschlands sowie eine alarmierende Steigerung der geheimen deutschen Luftkriegs- und Flugzeugproduktion.

Wenn man in den letzten Monaten durch die Straßen Berlins ging, so konnte man an jeder Haustür und in jedem Hausflur die roten, grünen und gelben Propagandazettel des Reichsluftschutzbundes sehen, in denen zu öffentlichen Vorträgen, Filmvorführungen und Unterweisungen über Luftschutz, über das Verhalten bei feindlichen Fliegerangriffen und über das Wesen des Luftschutzbundes eingeladen wurde. Wochenlang kamen dann junge Studenten, SA-Meute und Hitler-Jugend treppauf und treppab mit Formularen gelaufen, und jeder Hausbewohner wurde registriert und wurde verpflichtet, sich einzuzichnen, womöglich auch gleich als Mitglied dem Bund beizutreten. Weigerte man sich, die Formulare, auf denen auch Rassenzugehörigkeit und Religion anzugeben waren, auszufüllen, so war der Vertrauensmann des Bundes verpflichtet, diesen Fall genau zu erforschen und ihn in einer Anzeige an die nächsthöhere Luftschutzbundstelle oder an die nationalsozialistische Partei weiterzuleiten. Selbstverständlich kommt aber der deutsche Luftschutz nur den deutschen Volksgenossen mit arischer Großmutter zugute, während Juden zwar Mitgliedsbeiträge zahlen können, jedoch von irgendwelchen Mitgliedsrechten ausgeschlossen sind. Ein Beispiel dafür ist jenes kleine jüdische Mädchen einer Volksschule, dem die Lehrerin eines Tages vor versammelter Klasse sagte: „So, du kannst jetzt nach Hause gehen. Wir haben jetzt Luftschutzhunde und da können wir keine Juden brauchen!“

Dente, nach wenigen Monaten intensiver Arbeit, die von der Nazi-Partei und der Regierung nach Kräften gefördert wurde und die ganz unter dem Druck des faschistischen Regimes stand, zählt der Reichsluftschutzbund bereits mehrere Millionen Mitglieder. Das Ziel ist, in diesem Verein alle wehrhaften Männer, soweit sie nicht schon ohnedies in SA, SS, Stahlhelm, Hitler-Jugend erfasst sind, einzureihen und so eine Rüstungsorganisation, geheime militärische Dienststelle und zugleich damit eine militärische Kontrolle über die Wehrhaftigkeit und Schlagkraft der faschistischen Gesellschaft einzurichten.

Um auch jeden einzelnen herauszufinden und an die Drankation zu binden, ist eine sorgfältige Arbeit geleistet worden, und die Schlinge um jedes einzelne Opfer kann von Tag zu Tag fester zugezogen werden. Jedes Haus, be-

ziehungswelse jeder Häuserblock stellt einen Vertrauensmann, der Amtswalter des Bundes wird. Im allgemeinen übt dieses verantwortungsvolle Amt der Portier aus. Dieser Hausluftschutzwart hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß jeder männliche Bewohner vom Bund erfasst wird. Er ist somit die kleinste Einheit, dazu bestellt, von dieser gewissenhaften unpolitischen Seite her die Durchsicherung des Volkes zu beschleunigen. Er bestimmt als seine engeren Mitarbeiter einen Brand- und einen Sanitätswart, die sich für den Fall eines Angriffes oder einer Uebung zur Verfügung zu halten haben. Die Mitglieder selbst sind verpflichtet, Vorträge, Führungen, praktische Uebungen usw. mitzumachen. Weiter wird durch die Funktionäre des Luftschutzbundes eine systematische Durchsuchung der Boden und Keller jedes Hauses vorgenommen. Dies war auch eine wohlbedachte politische Aktion, denn man hoffte, Schlupfwinkel illegaler antisemitischer Arbeit oder Verschwörungen zu finden. Soweit die Aktion überraschend einsetzte, war sie auch von einigem Erfolg begleitet.

Diese Durchorganisation der Bevölkerung erstreckt sich nicht nur auf Berlin und die Großstädte, sondern reicht bis in das kleinste Nest. Durch ein vorbereitetes Gehe-

Gefangene auf dem eigenen Hof

Darrés Erbholgesetz und die Folgen — Ueberwachung und Hofwegnahme

Der ungeheure Wirrwarr, den der famose „Reichsbauernführer“ Darré mit seinem Erbholgesetz angerichtet hat, wird immer größer. Die Hypothekendarlehen erklären faktisch, daß sie auf Erbhöfe keinen Pfennig mehr ausleihen, und die Bauern sind wütend über ihren Minister, der mit einem unfaulen Geheiß ihnen den Weg zum baren Geld verperlt. Angesichts dieser Folgen, die den wirtschaftsunkundigen Gesetzesgestaltern im Reichsernährungsministerium offenbar ganz unerwartet kommen, herrscht allgemeine Verwirrung und Ratlosigkeit. Man traut sich nicht mehr, auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu gehen, findet aber auch nicht den Mut zum Zurück.

Sehr klar kommt das in einem Vortrag zum Ausdruck, den die Regierungsrätin Dr. Heise vor dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gehalten hat. Die Versicherungsgelder der Angestellten gehören zu den großen Goldtöpfen, aus denen bisher die landwirtschaftlichen Hypotheken vielfach genommen wurden. Auch sie sind durch die Erbholregulierung in Gefahr. Dr. Heise machte über noch unausgesprochene, aber für den Bauernstand alarmierende Pläne interessante Andeutungen:

Von den bei der Durchführung des Reichserbholgesetzes sich ergebenden Problemen ist die Ablösung der auf den Erbhöfen lastenden privatrechtlichen Schulden, die auf heute bis acht Milliarden Reichsmark geschätzt werden, besonders wichtig. Bisher ist aber das Entschuldungsgesetz — wie gesagt — noch nicht erschienen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist nach einer mir gewordenen Auskunft unbestimmt, da abschließende Beratungen der maßgebenden Stellen noch ausstehen. Auch auf der Reichsbauernratung in Weimar haben die amtlichen Stellen, soweit ich unterrichtet bin, zum Entschuldungsgesetz keine Stellung genommen.

Immerhin dürften wesentliche Punkte endgültig feststehen. Die Erbhöfenschuldung wird in der Weise durchgeführt werden, daß die privatrechtlichen Forderungen der Erbhöfe durch eine aus dem Ertrage zu entrichtende Rente abgelöst werden. Die Erbhöfbauern werden je nach der Höhe ihrer Verschuldung auch verschieden hohe Abgaben zu leisten haben (durch-

schnitlich ist wohl an 1% Prozent gedacht). Ob die aufkommenden Mittel den Gläubigern wirklich eine den heutigen Verhältnissen angemessene Verzinsung ihrer Forderungen gewährleisten, erscheint einzuwenden fraglich. Die Vermögensabteilung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat jedenfalls die Weiter- und Neubearbeitung von Anträgen auf Beleihung solcher landwirtschaftlicher Grundstücke, deren Erbhöfeneigenschaft gegeben oder wahrscheinlich ist, grundsätzlich abgelehnt, in erster Linie natürlich, weil die Möglichkeit der Zwangsvollstreckung in den Erbhof angenommen ist. . . .

Das Reichserbholgesetz muß jedenfalls einschneidende Änderungen in landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen zur Folge haben. Der Erbhöfbauer wird zwar Hypothekendarlehen in alten Umfang nicht mehr brauchen, so vor allem nicht für Landkauf und Erbschaft. Aber man wird ihn nicht ausschließlich auf sein eigenes Kapital, das ja nebst den Zuschüssen der Reichsversicherungsanstalt, zum Beispiel, wenn es sich um Ausbesserung von Meliorationen handelt. Es wird aber vielleicht möglich sein, daß eine spezielle Erbhöfengruppe des Reichsernährungsministeriums die Finanzierung der von ihm bewilligten Meliorationen unter beschränkter Haftung sämtlicher Erbhöfbauern vermittelt. Durch die Ueberwachung der Erbhöfbauern durch den Reichsernährungsminister und seine Organe, durch die Möglichkeit der Entziehung der Bauernfähigkeit, in besonders gelagerten Fällen durch die Wegnahme des Hofes soll dafür gesorgt werden, daß die Bauern die Bewirtschaftung ihres Hofes als Dienst am Volksganzen auffassen und sich als ehrliche Schuldner betragen.“

Das ist also das Ergebnis der großen Bauernreform „aus Blut und Boden“: kein Kredit mehr, dafür aber Ueberwachung von oben und womöglich Wegnahme des Hofes. Das ist aber der Unterschied zwischen Hofwegnahme und der alten Zwangsverrentierung? War keiner, dafür aber ist der Bauer nicht einmal mehr Herr auf seinem Eigentum. Neht erkennt er langsam, was er als Erbhöfbauer, als „Neugeboreter aus Blut und Boden“ wirklich ist: Gefangener auf seinem eigenen Hof!

hundertertlang nicht gewußt. Die Königin Makeda war demnach die für den Besuch Salomons in Betracht kommende Herrscherin. Die Chronik berichtet auch, wie sie nach Jerusalem kam.

Salomon hatte in alle ihm bekannten Länder Boten abgeschickt, um kostbares Material für seinen Tempelbau zu sammeln. Davon erfuhr auch der abessinische Kaufmann Tamrin. Er machte sich nach Jerusalem auf und berichtete darauf der Königin Makeda von Axum über die Größe des Salomonischen Reiches. Wiewohl nicht mehr ganz jung an Jahren, unternahm sie die Reise nach Jerusalem, wo sie mit großen Ehren empfangen wurde und auch den jüdischen Glauben annahm. Sie brachte aber auch ein lebendes Andenken von Salomon nach Hause mit, einen Sohn, den sie Menelik, Ibn Chacham, Sohn des Weisen, nannte. Als dieser fünfundsiebzig Jahre zählte, sandte sie ihn zur heiligen Stadt. Dort gab sich Menelik durch einen Ring, den seine Mutter von Salomon erhalten hatte, diesem zu erkennen. Der König salbte seinen Sohn zum König des Südens und entließ ihn, damit er die Herrschaft anträte. Er gab ihm auch die Abschriften der heiligen Bücher und als Begleitung Vertreter der zwölf Stämme mit. Diese aber nahmen heimlich die teuersten Gerätschaften des Tempels mit und brachten sie nach dem Axum. Salomon setzte ihnen wohl nach, konnte sie aber nicht mehr erreichen und war gezwungen, statt der entwendeten Objekte Kopien anfertigen zu lassen. Die Juden wußten von diesem Diebstahl nichts und hielten die Kopien für die Originalen. An der Spitze der Hebräer, die mit Ibn Chacham, dem Sohn Salomons, nach Axum kamen, standen Azarias, der Sohn des Hohenpriesters, und Jadoh, der Hüter der heiligen Bücher.

Die abessinische Chronik bringt dann nur mehr wenige Daten über die Königin Makeda, deren Sohn der Ahnherr der Dynastie wurde. Man weiß von ihr nur, daß sie die Thronfolge geregelt hat und daß sie im Jahre 98 v. Chr. gestorben ist. Es wird noch von einer zweiten Königin von Saba erzählt, die Akhandake hieß. Diese streitbare Fürstin, mit der die römischen Konsuln Cornelius Gallus und Gaius Petronius viel zu kämpfen hatten, besaß nur ein Auge. Für die neuere Forschung kommt sie nicht in Betracht, denn für diese ist die äthiopische Makeda die Herrscherin, von der das Buch der Könige berichtet. Ob sie ihre Schätze gerade bei Abdis Abeba vergraben hat, das vor Dejazen noch eine Wüstenet war, bleibt freilich noch fraglich.

Die Schätze der Königin Saba

Von Ph. Lotin

Vor einem Jahr hieß es, der englische Löwenjäger Heyter habe in der Nähe der abessinischen Hauptstadt Abdis Abeba die Schätze der vielgenannten Königin von Saba gefunden und mehrere Stücke davon nach London gebracht. Wie Heyter zu der Annahme gekommen war, er habe es mit den Schätzen der Königin von Saba zu tun, erfuhr man nicht, ebensowenig, wie sich die abessinische Regierung zu seiner Entdeckung verhalten habe. Von der ganzen Sache hörte man dann nichts mehr, bis sich jüngst ein englischer Gelehrter anheißig machte, auf äthiopischem Boden die Schätze der sagenumwundenen Königin aus Tageslicht zu fördern.

Die Tatsache, daß die Schätze gerade in einem afrikanischen Lande gesucht wurden, ist sehr bezeichnend. Sie steht mit den neuesten Forschungen nach Herkunft und Name der Königin, die nach dem Buch der Könige Salomon besucht hat, im Zusammenhang. Wer war sie und wie kam sie nach Jerusalem? Anfangs wurde allgemein angenommen, sie sei aus dem arabischen Land der Sabäer gekommen. Aber in dem Buch der Könige heißt es, dem König Salomon seien alle angrenzenden Herrscher tributpflichtig gewesen. Stand also die Königin von Saba in einem ähnlichen Verhältnis zu Salomon, dann wäre dies in dem genannten Buch bei Schilderung ihres Besuches sicher verzeichnet worden. Andererseits hätte einer der tributpflichtigen Herrscher nach der Sitte der damaligen Zeit seine Gattin schwerlich auf eine so beschwerliche Wanderung ziehen lassen. Der königliche Hof bei Salomon mußte also eine Selbstherrscherin gewesen sein. Diese glaubte man dann in der Königin Bilkis von Jemen gefunden zu haben, die auch eine Zeitlang als die biblische Königin von Saba galt. Bald wurde auch diese These fallengelassen. Man fragte sich, wie die Beherrscherin eines so goldarmen Landes, wie es Jemen war, dazu kam, dem König von Jerusalem hundertundzwanzig Talente Gold zu spenden? Die Goldspenderin mußte zweifellos aus einem Lande gekommen sein, das reich an Gold war. Solche Länder gab es nur in Afrika, und zwar nach Äthiopien, genau nach Abessinien.

Hier kommt den Studien über die Herkunft und das Reich der Königin von Saba das abessinische Werk „Tarikh Negusti“, das Buch von der Majestät der Könige, außer-



Die Wiederauffindung der Hauptstadt der Königin von Saba

Der französische Schriftsteller Andre Malraux, dem es gelang, bei einem Zuge über den Südrücken von Arabien zum erstenmal die Lage der einstigen Hauptstadt der in der Bibel genannten Königin von Saba, der Zeitgenossin des Königs Salomo, festzustellen.

ordentlich zu Hilfe. Es enthält eine Aufzählung der Herrscher Abessiniens von den ältesten Zeiten an bis weit in das Mittelalter hinein. Nach dem Kaiser Kawassa, so heißt es in dieser Chronik, bestieg eine Frau namens Makeda den Thron. Damals war Axum die Hauptstadt des Landes. Dieser Herrscherin von Saba, die fünfundsiebzig Jahre lang regierte, ist die gesamte axumitische Tradition gewidmet. Königin von Saba heißt Königin des Südens. Das heißt der ganzen Südküste Abessiniens, von Massaua bis zum Ende des Bal-el-Mandeb, und wahrscheinlich der Ostküste Arabiens, das ist Jemen. Es gab eben zwei Städte, das abessinische und das arabische. Von dem erstgenannten Saba haben die Gelehrten Jahr-

„Ich bin auch keiner“

Der Bürgermeister von Busenbach trifft den Nagel auf den Kopf

Hoch klingt das Lied vom braven Mann... Immer wieder in Zeiten des erniedrigten Geistes, des bespuckten Menschentums, der geknechteten Kreatur, immer wieder in Zeiten, wo der Knüttel des Tyrannen über Wehrlosen und Versklavten schwingt und ein Troß von Speichelleckern den Diktator umschmeichelt, steht einer auf aus der Reihe und bricht das Schweigen des „oderint, dum metuant“. Das „dritte Reich“ des vom Anstreicher, Putschisten und Hildburghäuser Gendarmen zum weiland Reichskanzler heraufgedienten Hitler macht davon keine Ausnahme. Soviel Maulkörbe, wie notwendig wären, um das „zerseßende Meckerertum“ der mit der braunen Herrlichkeit unzufriedenen Arbeiter, Kleinbürger und Bürger zu beseitigen, kann selbst die Geheime Staatspolizei nicht beschaffen. Es ist wahr: das große Schweigen herrscht im von amtlichem SA- und Justizmord erfüllten Neu-Deutschland, aber dies Schweigen ist doch von einer ungeheuren Lautstärke; und man schweigt heute in Deutschland überdies nicht mehr so wie in den ersten Monaten, als der Naziterror durchs Land raste. Viele fluchen zwischen den Zähnen — viele schimpfen aber auch schon kräftig und lassen den „Führer“ Führer sein, was nicht hindert, ihn als Führer in den Dreck zu bezeichnen. Einige Helden aber — hier leuchtet unvergänglich das Beispiel des Nichtdeutschen Dimitroff — sagen laut und vernehmlich den Betrügnern ins Gesicht, daß sie Betrüger sind.

Eine solche Kunde kommt aus dem Oertchen Busenbach, Bezirk Ettlingen. Der dortige Bürgermeister namens Weber wurde, so vernimmt man aus der Presse, „beurlaubt“ — ob schon doch wohl gerade in Busenbach die Gleichschaltung nicht vergessen worden war. Sollte dort etwa noch ein Marxist „aus Versehen“ Ortsoberrhaupt geblieben sein? Keineswegs. Weber war P.g., wenigstens auf dem Papier. Daß er's nicht im Herzen war, diese Gesinnung hat sich ihm jezt vom Herzen auf die Zunge gestohlen, und das Ende vom Lied konnte im totalen Staat der totalen Freiheitsberaubung, auch der Gedanken- und Redefreiheit, nur die fristlose Abhalfterung dieses Bekenners sein. Nun, dem Bürgermeister von Busenbach sei hier für die Nachwelt und vor allem auch für die unmittelbare Gegenwart ein Kranz geflochten, der brave Mann hat die antifaschistische Tapferkeitsmedaille verdient. Er hat nur ein paar ganz schlichte Worte gesagt, nicht im Stammelschwulst seines Volkskanzlers, sondern herzhaft-unmißverständlich, gerade heraus deutsch: „In Busenbach gibts überhaupt keinen einzigen überzeugten Nationalsozialisten; ich bin auch keiner.“ Ich weiß nicht, welche zahlenmäßige Bedeutung Busenbach hat, aber ich weiß, daß sein Bürgermeister ein ganzer Kerl ist und für Millionen Deutsche gesprochen hat. Wenn man außerhalb der schwarzweißrotenebakenkreuzten Grenzen lebt, fragt man sich oft, ob denn

nicht bald ein — pardon — allgemeiner Rülps aus dem deutschen Volkskörper aufsteigt angesichts der ungeheuren Betrugsmanöver, die die neuen Herren dort täglich vom Stapel lassen, um das Volk zu bluffen; ob die bedauernswerten Objekte der Nazi-Staatsmännerei nicht das große Gähnen und „Steig mir'n Buckel'nauf!“-Gefühl befällt, wenn sie die große Komödie begucken, die der schöne Adolf da am helllichten Tage aufführt. Und nun hat wieder einer — ein „P.g.“ — das erlösende Wort gesprochen, und man möchte meinen, Bürgermeister Weber aus Busenbach ist der Conferencier der allgemeinen deutschen Unzufriedenheit. Es ist höchlich interessant, daß nicht ein antifaschistischer organisierter Arbeiter, auch kein Intellektueller, sondern einer von diesen kleinen Leuten, die Hitler einst umschwirrt haben wie die Bienen den Honig, sich zum Sprecher der wirklichen, echten und unverfälschten Volksmeinung aufgeschwungen hat, zumal ein Mann, der einen Posten, der neudeutsches Amt und neudeutsche Würde hatte. Trotzdem hat der Bürgermeister von Busenbach rundheraus erklärt: Ihr könnt mich alle und ich selbst, der Herr Bürgermeister persönlich, P.g. meines Zeichens, bin auch kein Nazi. Dies Wort, ihr sollt es lassen stahn! Es kam aus kleinstädtischem Munde, ich weiß nicht genau, wohin ich Busenbach geografisch tun soll — aber eines ist unumstößlich: Bürgermeister Weber war, als er sein Bekenntnis laut werden ließ, weit über die Ortspfähle Busenbachs hinaus kompetent, ein Deutscher hat hier für Millionen Deutsche in allen Gauen des Reichs den Herren in der Wilhelmstraße und vom Braunen Haus Bescheid gesagt. „Der Junge ist richtig“, wie der Berliner sagt.

Die Geheime Staatspolizei und Göbbels' Pressekulis werden dafür sorgen, daß das Wort des Busenbacher Bürgermeisters möglichst wenig im deutschen Volke bekannt wird, denn sie wissen genau: der Mann hat für die Stimmung allerweitester deutscher Bevölkerungskreise den Nagel auf den Kopf getroffen. Um so mehr ist zu hoffen, daß sich das Bekenntnis des mutigen Mannes trotzdem von Mund zu Mund und durch illegale Literatur in Deutschland herumspricht, damit jeder Arbeiter, Bauer, Kleinbürger, der der braunen Bedrückung knirschenden Haß entgegenbringt, weiß, er steht nicht allein da, damit der kleine Mann vor allem, der jezt am meisten hereingefallen ist, weil er den Schwindel vorher am stärksten geglaubt hat, sieht, seinesgleichen ist auch heller geworden.

Steinchen um Steinchen muß zusammengetragen werden, um den mächtigen Bau der antifaschistischen Einheit zu vollenden, der einmal das „dritte Reich“ auf den Misthaufen der Geschichte weisen wird. Vergeßt mir dabei nicht den Bürgermeister von Busenbach! Lot Anker.

Mord als Kapitalsanlage

Fürst Jussupoff überwindet die Weltkrise

„Die Sachverständigen haben sich immer blamiert.“ Namentlich die Finanzsachverständigen. Was haben sie nicht alles als goldsichere, wertbeständige, unzerstörbare Kapitalanlage empfohlen. Und immer war am Ende das Geld futsch. Mal durch Inflation, mal durch Devaluation, mal durch Spekulation! Auf das Allereinfachste sind sie nicht gekommen! Da geht es wie bei Schiller: Was kein Verstand der Verständigen sieht, das... fingert im Handumdrehen ein russischer Aristokrat und Großfürst a. D. mit seinem unverwüßlichen Bedürfnis, bon zu leben.

Also: der Fürst Jussupoff — damit ich endlich das Genie beim Namen nenne — hat dieses Kolumbusei auf seine zwei Beine gestellt (bildlich!). Er hat herausgefunden, daß ein gut arrangierter Mord in der heutigen Welt der Ungewißheit alles Bestehenden die einzig bleibende, dauernde und unversieglige Einnahmequelle ist. An die sogar der Bolschewismus nicht herankommt. Alles haben diese roten Wüteriche dem armen, braven Fürsten genommen: seine Güter, seine Juwelen, seine Barkapitalien, seine Häuser... selbstverständlich! Nur seinen einzigen, seinen ganz persönlichen Mord an Rasputin — den konnten sie ihm nicht nehmen, und er trägt Herrn Fürsten Jussupoff und Frau Gemahlin noch nach zehn Jahren Bolschewistenherrschaft eine runde halbe Million ein!

Ja, der untergehende Kapitalismus hat hier seine Glanzsatiere auf sich selber verfaßt. Ein Mörder und Frau Gemahlin klagen vor Gericht, daß sie bei der Verfilmung des Mordes nicht schön genug dargestellt worden seien — und die Filmgesellschaft büßt dieses Vergehen mit 25 000 Pfund Sterling, zahlbar an Madame la Mördersgattin.

Man muß sich das vorstellen: Auf dem Arbeitsamt Wedding beschwert sich zur Zeit ein arbeitsloser Metallarbeiter, daß ihm die lumpigen 8 Mark Wochenunterstützung entzogen worden seien. Der braune Bonze am Schalter aber beruft sich auf Paragraph soundsoviel: Der Beschwerdeführer habe sich geweigert, zum Bauern Mecke in Pomuchelshagen zur Frühjahrsbestellung — ohne Lohn, gegen Kost und Logis — als Notstandsarbeiter zu gehen. — „Weil ich keine Stiefel anziehen hatte, da, schauen Sie sich die Quanten an!“ Und der Arbeitslose weist auf die klaffenden Mäuler seiner Fußbekleidung. Da fliegt er mit „Heil Hitler!“ vor die Tür.

Gerichtsstube eines Amtsgerichts: Das Dienstmädchen Emma Kahle verklagt ihren Dienstherrn, der sich ihr unsittlich genähert und sie, da sie sich weigerte, Knall und Fall vor die Tür gesetzt hat, auf Restlohn. Aber Herr Rentier Knubblich führt Zeugen vor, die beiden, daß Emma einmal gesagt habe: „Hitler, der redet ooch bloß mit dem Mund und duht nicht vor uns.“ — und da erklärt der Amtsrichter die sofortige Entlassung dieser staats- und volksfeindlichen Person für durchaus gerechtfertigt und weist ihre Klage ab.

Herr Jussupoff aber erklärt vor Gericht: „Ja, ich habe den Rasputin ermordet, aber es hat anders ausgesehen als im Film.“ und seine Gattin beschwert sich, daß eine vorkommende weibliche Buhlerin ihr von weitem ähnlich sehe, und

schon dekretiert der Richter eines kapitalistischen Weltreiches: Sofort 25 000 Pfund locker machen!

Ja, so macht man Geschäfte in dieser besten aller Welten. Wer einmal Beziehungen zum Geld gehabt hat, der weiß immer wieder, wo es zu haben ist. Nur die armen Teufel, die nie Beziehungen hatten, die finden nimmer und nimmer den Weg. Das Wort eines alten russischen Kammerdieners fällt mir ein: Sein Herr, ein baltischer Baron, mußte seine Güter — einen Komplex von der Größe eines besseren deutschen Kleinstaates — im Stich lassen. Er sah sich bereits verhungern, aber der philosophische Kammerdiener richtete den Verzweifelten mit den Worten auf: „Wenn ein Reicher zerstäubt, dann zerstäubt er langsam!“

Zerstäubt langsam... Ein Restchen Vermögen, ein Juwel, ein Wertpapierchen, irgendetwas, was sich zu Gelde machen läßt, findet sich immer noch. Aeußersten Falles ein wirklich hochinteressanter, hochdramatischer, hochpolitischer Mord. Ja, der Mord zerstäubt nicht!

Aber, indem ich diese Zeilen niederschreibe, habe ich das Gefühl, als ob mich einer warnend von hinten anstößt. Verflucht, habe ich da nicht dem edlen Fürsten Jussupoff eine neue Verdienstmöglichkeit erschlossen? Am Ende bin ich jezt dran, von ihm verklagt zu werden, und mein einziger Trost bleibt, daß von mir keine 25 000 Pfund, noch nicht einmal 25 Pfund, zu haben sind.

Vielleicht ist aber der Herr Fürst und Mörder auch auf Kleingeld scharf? Man kann nie wissen. Hat einer erst mal angefangen, die Wertbeständigkeit begangener Morde zu erkennen, wo hört er auf? — Also schließen wir mit dem optimistischen Satz: Es ist doch schön, daß in einer Welt, in der 40 Millionen arbeitslose Proleten darben, ein ehemaliger Fürst an einem vor 17 Jahren begangenen Mord noch ein Vermögen von Hunderttausenden verdient.

Mucki.

Damen-Volksgemeinschaft

In Nummer 5 der „Eleganten Welt“ plaudert ein brauner „Sozialist“ in der Rubrik „Sprechen Sie noch?“ über die „Winterhilfe“ des „dritten Reiches“. Es ist eine noble Hilfe und sie sieht wörtlich so aus:

„Du bist vog noch gar nicht langer Zeit bei der Baronin Beauvieu gesichtet worden.“

„Das war ein Wohltätigkeitsbridge, den Frau v. Gontard mit Frau v. Düring und Frau Devaux zum Besten der Winterhilfe veranstaltet hatten.“

„War der Abend gut besucht?“

„Achtzehn Tische. In unserem Zimmer spielten Exzellenz Freiberg, die Herzogin von Croy, Oberst v. Zitzewitz, Frau Mallet, Major von Loeper, Frau Adam und Baron Stein...“

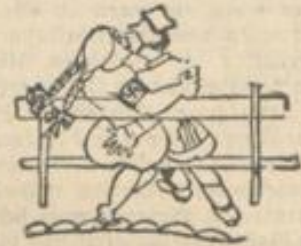
Die wahre Volksgemeinschaft! Der braune Adel spielt, damit das Volk nicht verhungert! Bridge für die — Winterhilfe.

Polen-Hans und deutsches Gretchen Sieg Heil, Viktoria!

Soeben kommt eine neue Auflage des offiziellen Liederbuches der SA. noch feucht aus der Presse. Da steht auf Seite 11 als Nr. 16 dieses zackige „Sturmlied 22/III/40“:

SA-Sturm zweiundzwanzig marschiert ins Morgenrot,
Wir fürchten nicht den Teufel und fürchten nicht den Tod!
Die Ostmark zu befreien, Sieg Heil, Viktoria!
Wolln wir das Leben weihen! Sieg Heil, Viktoria!
Wir werden nimmer rasten, SA-Kameraden, schwört,
Bis daß die deutsche Ostmark dem Deutschen Reich gehört.
Von den verdammten Polen, Sieg Heil, Viktoria!
Wolln wir sie wiederholen, Sieg Heil, Viktoria!
So steht Sturm zweiundzwanzig zum Freiheitskampf bereit.
Gebt uns die Marschbefehle, mit Gott! frisch auf zum Streit!
Für Ostland kämpft und Danzig, Sieg Heil, Viktoria!
SA-Sturm zweiundzwanzig, Sieg Heil, Viktoria!

Inzwischen ist bekanntlich der deutsch-polnische Freundschaftsbund geschlossen worden, und nun sieht die Eroberung des Korridors doch wieder ganz anders aus — nach dem Pariser „Rire“ nämlich so:



Hess statt Kirsch

Der Erste zwar, aber noch lange nicht der Sieger!

Am vergangenen Sonntag fand in Bayern der alljährlich wiederholte „Zugspitzenflug“ statt. Die gleichgeschaltete deutsche Presse meldet:

„Als Erster traf der Vorjahrsieger F. Kirsch, Schleißheim, ein. Als Sieger ging jedoch der ebenfalls am Flug teilnehmende Reichsminister Heß hervor.“

Da staunste, was! Da kann man als gewöhnlicher Sterblicher ruhig etwas leisten, man kann sogar „Erster“, also „Sieger“ sein. Wenn aber ein P.g. Reichsminister mitfliegt, hat man die Schnauze zu halten, denn ganz selbstverständlich muß der siegen. Frechheit überhaupt, dem voraus zu fliegen! Was bilden sich die Leute denn ein...! Wo bliebe sonst die Autorität, wo bliebe der „Führer“? Das war im alten Deutschland schon so. Wenn Liberalismus und Republik unseligen Angedenkens darüber auch ein wenig anders dachten, so war das eben ihr Fehler, für den sie ja die verdiente Strafe prompt erhalten haben. In Hitlerien sind Reichsminister, und erst recht der Reichskanzler unfehlbar und somit auch unbesiegbar.

Wer's nicht glaubt, kann's in Dachau erfüllen...!

Trösten wir uns. Es wird kommen der Tag, da wird Herr Reichsminister Heß zwar auch fliegen, aber kein Sieger sein! Vielleicht ist das ein Trost für den kleinen Kirsch aus der Fliegerschule Schleißheim. W. S.

Gebührend gewürdigt SA-Dienst bei Reifeprüfung

Der preußische Unterrichtsminister hatte in einem früheren Erlaß angeordnet, daß die Zuerkennung der Reife der höheren Schulen an erhöhte Voraussetzungen geknüpft werden solle. Es sind inzwischen Befürchtungen geäußert worden, daß diese Neuerung zu unberechtigten Härten bei der Gesamtbeurteilung der Prüfung Ostern 1934 führen und gerade die Schüler treffen könnte, die infolge der nationalen Erhebung in besonderem Maße Berücksichtigung verdienen. Um dem zu begegnen, ordnet der Minister an, daß sowohl für die Reifeprüfung zum Ostertermin 1934 wie für die Oberprimaner, die noch im Laufe des Schuljahres 1934 zur Reifeprüfung zugelassen werden können, bei der Beurteilung der Persönlichkeit und der Frage der Reife in besonderem Maße die Tatsache zu berücksichtigen sei, ob der Schüler in der SA, der SS, oder der Hitlerjugend ist. Seine Betätigung in diesen Verbänden, die Häufigkeit des Dienstes und die Länge der Zugehörigkeit zu diesen Verbänden soll gebührend gewürdigt werden.

Streit um Barlach

Zu einer interessanten Auseinandersetzung in Dingen der Kunstkritik, der Freiheit der Kunst und der Anschauung über deutsche Kunst hat ein Brief der Akademie der Bildenden Künste in München an die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ geführt. Der Redaktion wurde in diesem Schreiben mitgeteilt, die Akademie habe den Bezug des Berliner Blattes abbestellt, „weil sie andere Anschauungen über die deutsche Kunst hat“, wie sie das Blatt vertrete. In der Begründung dieses Schrittes wird unter anderem auf das wiederholte Eintreten der Zeitung für den Bildhauer Ernst Barlach hingewiesen und dessen Kunst als „formzerseßend und entartet“ charakterisiert.

Es kommt keiner mehr über die Grenze...

In der Bündischen Kammer der Technischen Hochschule Stuttgart erklärte der Hochschulgruppenführer und Studentenschaftsführer Albert Schmehl in einer „programmatischen Rede“: „Es kommt in Zukunft kein deutscher Student über die Grenze, wenn er vorher nicht über seine Tauglichkeit zum Aufenthalt im Ausland und zum Auslandsstudium auf Herz und Nieren geprüft wurde. Wir können es nicht dulden, daß junge Leute das Deutschtum im Ausland vertreten, die nicht 100prozentig Deutsche und Nationalsozialisten sind.“

„Fröhlich Pfalz“

Rekordsüffel und Bonzenbraus

Die Zahl der Kritiker wächst im gleichen Tempo wie die äußerlich leuchtende Erleuchtung der ganzen Bevölkerung für das „dritte Reich“. Es ist erstaunlich, was trotz der scharfen Bezeichnung der Bevölkerung alles toleriert wird und wie gering eigentlich im Verhältnis hierzu die Verfolgungen sind. So wird es zum Beispiel unter tausenden Menschen herumschreien, daß der bekannte Sonderkommissar Dr. Caspar, der ein leidenschaftlicher Mikrobiologe ist, über Neujahr 24 Stunden hintereinander geißelt haben soll, daß er am Schluss seine Hähne in Sekt gebadet und mit seiner Dienstreiter die Wirtschaftsbefugnisse abgehoben hätte. Er soll wiederholt in seiner Belohnung Ehrgeizen von seinen Anhängern erhalten haben, wofür er sich dann durch umso schärfere Verfolgung der Marxisten rächt. Mit der größten Entrüstung werden die Fälle weiter erzählt, welchen Luxus die neuen Bürgermeister, Partei und Gewerkschaftsbeamten treiben, wie sie ihren Frauen Pelzmäntel kaufen, sich Autos anschaffen und mit Verachtung auf die gewöhnlichen Leute herabsehen. Ein enttäuschter Bäckermeister, der ein der ersten Parteimitglieder war, wurde wegen seiner öffentlichen Entrüstung über dieses schändliche Treiben der neuen Emporkömmlinge schon sieben Mal verhaftet und verwahrt. Die Gewerbetreibenden sind besonders auch darüber empört, weil man ihnen Nichtschlechte als Vertreter ihrer Interessen vor die Nase gesetzt hat. Sie führen ihre miserable Lage zum Teil auf die schlechte Vertretung ihrer Interessen durch die Nachschaffteiler zurück. Daß natürlich die schlechten Löhne und Unterhaltungen der Arbeiter erheblichen Anteil haben an den geringen Gewerkschaftsumfängen, ist bereits von zahlreichen Gewerbetreibenden begriffen. Die Werte werden außerdem noch unter der starken Quantitätsnahme ihrer ehemaligen Gäste durch die SA.

Führer und Gefolgsman

Das neue Arbeitsgesetz hat natürlich große Entrüstung unter den Arbeitern hervorgerufen. Auch den Nazis will es nicht einleuchten, daß ausgerechnet der Unternehmer, der doch nur darauf aus ist, die Arbeiter zu bedrücken, besonders da, wo der Kleinbetrieb vorberührt, nun der Führer des Betriebs sein soll. Das können die armen Teufel vor den häßlichen Fragen der Marxisten nicht verteidigen, und es bedarf wohl keiner weiteren Maßnahmen mehr, um den Vätern zu beweisen, daß sie schamlos betrogen wurden. Nach der anscheinend noch herrschenden ehrlichen Meinung, die gewalttätig eingeschleppten Gewerkschaftsfunktionäre könnten Mistkinder in den Betrieben abstellen oder willkürliche Verhaftungen verhindern, herrscht bereits allgemeine Gleichgültigkeit und es besteht an der Gewerkschaft nur noch insofern Interesse, als die anstehenden Unterhaltungen abgehoben werden. Da die Gelder für andere Zwecke verpulvert wurden und der ungeborene Beamtenstab die eingehenden Gelder völlig verschlingt, muß um jeden Flecken Unterstützung schwer gekämpft werden, wobei es sehr oft vorkommt, daß keine Anzahlungen stattfinden können, weil keine Mittel von Berlin gekommen sind. Ein Arbeiter, der längere Zeit wegen Verletzung der Reichsregierung im Gefängnis war, nahm kürzlich wieder die Arbeit auf. Bei der geforderten Arbeitsleistung hat er 1930 noch 60 bis 80 Mark verdienen können. Jetzt ist der Akkordlohn so gesunken, daß er bestenfalls noch 24 Mark verdienen kann. Er beklagte sich deshalb beim Leiter der Nachabteilung, wo ihm erklärt wurde, für können in diesem Fall nichts machen. Es handelt sich um einen Betrieb, der sich im Aufbau befindet und in dem deshalb Eingriffe verboten sind. Klagen am Arbeitsgericht gibt es nicht mehr, es wäre auch gefährlich, den Versuch zu machen.

Kein Vogel hat gehungert

Die Winterhilfe wurde damals ins Leben gerufen mit dem Motto, kein Deutscher darf hungern oder frieren. Jetzt ist es ein geflügeltes Wort geworden, kein Vogel in Deutschland habe gehungert. Jeder Krämer hat nämlich seine verschimmelte Ware der Winterhilfe gespendet, so daß die glücklichen Empfänger damit die noch glücklicheren Vögel füttern mußten.

Um die Wohlfahrtsempfänger zu zwingen, sich intensiver nach Arbeitsplätzen umzusehen, wurde jetzt die Arbeitszeit auf 40 und 48 Stunden erhöht. Als Lohn gibt es nur die Unterstützung, plus 2 Mark. Es gibt also viele Wohlfahrtsempfänger, die für 5 Mark 48 Stunden arbeiten müssen. Die Beigerung bedeutet den Verlust der Unterstützung, es sei denn, der Betreffende läßt sich in ein Arbeitslager einweisen, wo er dann wenigstens Kost und Uniform hat.

Ein von den Nazis einzelner Gewerkschaftsbeamter namens Reschmüller (nicht mit dem früheren wichtigen Gewerkschaftsführer gleichen Namens zu verwechseln) wurde entlassen, weil er sich von einem jüdischen Schuhfabrikanten mit einem Paar Schuhen besetzen ließ.

Seit kurzem sind neue Gewerkschaftsbücher eingeführt, die auf der Decke mit einem Hakenkreuz geziert sind. Anwendbar sind diese Bücher, wobei auch an einen Ausbruch Hitler's erinnert wird, monach der 2. Mal, also der Tag der „Eröberung“ des deutschen Arbeiters, zu seinen schönsten Erlebnissen gehöre.

SA. — stiehlt alles

Vielleicht kann auch einmal geschildert werden, wie bei der letzten großen Razzia gegen den Marxismus, der den Nachhabern trotz seinem wiederholten Tod immer noch große Sorge macht, vorgegangen wurde. Bewaffnete Truppen zwangen einige Wirtschaften, drangen überraschend ein und visitierten sämtliche Gäste. Nur die Frauen wurden Schwelgern aus dem Krankenhause geholt. Dann wurden sämtliche Gäste notiert und anforderte solange im Vokal zu bleiben, bis entsprechende Anweisungen kommen. Dieser Anwesenheitsliste dauerte bis morgens 6 Uhr. Wer nicht verhaftet wurde, konnte zuhause feststellen, daß eine Hausdurchsuchung vorgenommen war. Dabei wurden bei einer armen Familie 60 Mark gefunden, die zur Anschaffung eines Kinderwagens und anderer Notwendigkeiten gespart waren. Die SA. nahm das Geld mit unter der Begründung, es handle sich um unerlaubte gesammelte Marxistenelder.

Ehrenmann als Ehrenbürgermeister

Die vielbesprochene Pensionierung des Oberbürgermeisters Geheimrat Strobel von Firmasend, der 28 Jahre mit großem Erfolg an der Spitze der Stadt stand, hat folgende Ursachen:

Es war den Nazis von vornherein unangenehm, daß dieser seit in seinen liberalen Traditionen verwurzelte Mann sich nicht so vollständig gleichschalten ließ, wie man dies wünschen mußte. Nebenbei hatte man sich ja auch die Zusicherung geben lassen, daß er nach spätestens einem Jahr seinen Posten niederlegen werde. An einem Nazi Stellenanwärter den Platz räumen werde. An Zusammenhängen und Beziehungen der Ehrenbürgermeister zu den unabh. Machthabern in Kommune ebenfalls unangenehm. Die Pensionierung des Geheimrates Strobel schloß es nicht. Aber das Ergebnis der Gerichtsverhandlungen gegen den schamlos verdächtigten Direktor des Handlungsgewerkschafts brachte den Bruch. Der Oberbürgermeister schloß die Pensionierung des Direktors, aber aus einem schamlosen Betrieb einen Mutterbetrieb aufgebaut hatte und der Stadt viele Millionen Reingewinn eingebracht. Der Direktor wurde freigesprochen, das ganze

Lügendgebäude eines ehrgeizigen Strebers, der Direktor werden wollte und der es auch geworden ist, brach zusammen. Das war eine zu harte Probe für das Prestige der Nachhaberei. Sie machten dem Oberbürgermeister die schweren Vorwürfe, weil er ihre Insanien nicht gedeckt hat, worauf er geantwortet haben soll, der Wahrheit die Ehre. Die Beamten wurden gezwungen, einen Protest gegen ihren Vorgesetzten, den sie alle gerne hätten, wider Willen zu unterschreiben, was natürlich die Pensionierung zur Folge haben mußte, die dann mit Gesundheitsrückfällen begründet wurde.

Unter vier Gewerbern tobte ein scharer Kampf, in dem der Arzt Dr. Stamm, der Inhaber von 15 Stellen und Einkommen, siegte. Damit er seine horrenden Einnahmen als Arzt behalten kann, ließ er sich formell zum Ehrenbürgermeister wählen, wobei er zu bemerken ist, daß noch zwei hauptamtliche vorhanden sind, aber auch keine juristische Vorbildung besitzen, wie dies früher die Nazis zweiseitige Bestätigung des Parteibuchbeamtentums verlangten. Jetzt gibt es nur noch Parteibuchbeamte, andere können sich schwerlich halten. Selbstverständlich wird jetzt wieder stark daran erinnert, daß dieser Dr. Stamm sich während der Verlobungszeit ein französisches Auto kaufte, um bei den Franzosen auf angeschrieben zu sein. Er fuhr es bis ein Jahr vor der Nachkriegszeit und bewährte sich dadurch vor Ausweisung und anderen Unannehmlichkeiten, mit denen damals unrichtige Menschen zu rechnen hatten.

Eintopfschwindel

Der Eintopfschwindel wird immer mehr als große Verlästigung empfunden. Aber es ist alles so organisiert, daß sich niemand mehr entziehen kann. In den Städten müssen alle Beamte, Lehrer und sonstigen Funktionäre antreten zum Sammeln. Sie haben genaue Listen über alle Einwohner ihres Bezirks, in welche die Beiträge eingetragen werden. Wer beim erstenmal eine Mark gezahlt hat und später weniger geben will, wird sofort auf das Unschickliche seiner Handlung aufmerksam gemacht. Niemand möchte natürlich in Ungnade fallen und gibt deshalb widerwillig. Dabei sind natürlich die Beamten wieder am stärksten belastet. Niemand kann entziehen und auch den Kurzarbeitern und Arbeitslosen wird klar gemacht, daß auch die kleinste Gabe für „den Spender“ von Nutzen sein kann. Dabei findet der Einwand, daß kein Arbeiterhaushalt am Eintopfschwindel etwas einpart, weil ja nie 10 Pfg. pro Kopf ausgegeben werden dürfen, also dauernd noch weniger als Eintopfschwindel herrscht, seinen Anklang. Wo der Terror nicht so stark ist, kommt natürlich auch nicht viel bei der Sammlung heraus. So wurden z. B. in Binningen, das durch seine hohe Zahl von Reichsimmern am 12. November berühmt wurde, bei der letzten Sammlung nur 40 Pfg. abgeliefert.

Kürzlich war eine Sammlung für das Auslandsdeutschtum. Die Schulen wurden hierfür mobilisiert, so daß viele hundert Jungen und Mädchen mit Krbinden und Sammelbüchern die Straßen bevölkerten und niemand unbelästigt passieren ließen. Es war aber interessant festzustellen, daß es doch viele waren bei solcher Gelegenheit, wo nicht eine Liste die Kontrolle ermöglicht, weiter zu geben, ohne etwas zu spenden. Das geschieht natürlich ohne jede Bemerkung.

Die arme Presse

Das allgemeine Zeitungsterben wird auch von der Nazi-Pressen nicht verschwiegen. Die Lage fast aller alleinverlegten Volkszeitungen ist katastrophal, auch bei uns. Da die Nazi-Zeitungen unter Anwendung von Zwangsmitteln bestehen werden mußte, das Einkommen aber gesunken ist, blieb nichts anderes übrig, als die Volkszeitung abzudeckeln. Sehr

interessant ist die Einstellung der Leser zu den gegenwärtig erscheinenden Zeitungen. Der Widerspruch zwischen Propaganda und Wirklichkeit ist so „lässlich“, daß die Zeitungen allgemein nicht mehr ernst genommen werden, besonders nicht unter den Arbeitern und unter den Enttäuschten. Die Richtigkeit des Sprichwortes, wer einmal lügt usw. hat große Bedeutung bekommen. Man hat in Deutschland oft das Gefühl, als ob die Wirkungen der verlogenen Propaganda übermäßig würden. Was vielleicht vielen als Zustimmung erscheint, ist nur äußerer Schein, widerwillig zur Schau getragen. Im Umgang mit Menschen der verschiedensten Zielsetzung kann man sich auf die Abneigung gegen den Propagandatschwund ernst nehmen, und die Hauptgefahr liegt ja in der Kindererziehung und in der Gewöhnung bei längerer Dauer dieses Gewalt und Schwindel „Scheins“. Auf unsere Anhänger bleiben alle Verhöhnungen und Verleumdungen gegenüber ehemaligen Führern der Arbeiterbewegung oder gegenüber Max Braun, der ja fast täglich besonders gemein belächelt wird, ohne die beabsichtigte Wirkung. Man kann sogar feststellen, daß sich mit dem Grad der Verleumdungen, die Beliebtheit steigert. Bei besonders plumpen Lügen werden regelmäßig sehr rasch die ausländischen Zeitungen in Umlauf gesetzt, in denen die Widerlegung zu lesen ist. Das ist im Grenzgebiet immer leicht möglich. Aber auch der Auslandsdruck wird trotz scharfer Beobachtung viel gebürt und das Gehörte wird fleißig weitergesprochen. So wird die Rundfunk der Rundfunk für die deutschen Nachhaber hinsichtlich der Propagandamöglichkeit ist, so wertvoll ist aber diese Einrichtung auch für das geistig unterdrückte Volk, weil der Empfang verbotener Nachrichten glücklicherweise nicht verhindert werden kann.

Lange Gesichter der Innungskrauter

Großem Unwillen begegnen in den Kreisen der Gewerbetreibenden die Zwangsmaßnahmen, um alles in Zwangsmaßnahmen zu erfassen. Die hierbei geforderten Beiträge sind außerordentlich hoch. Die Eintreiber müssen immer wieder die ironische Frage über sich ergehen lassen, was denn für dieses Geld geleistet wird. Kritiken darüber, daß alle Arbeit in diesen Zwangsmaßnahmen nur gegen Bezahlung erfolgt, meistens von Vollangehörigen, werden nicht als unrichtig zurückgewiesen. Es wird vielmehr den Kritikern klar gemacht, daß jeder Verein, jede Organisation oder Innung besteht sein müssen, durch Ausschaltung ehrenamtlicher Arbeit und durch Beschäftigung im Hauptamt die große Arbeitslosigkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Es werden also alle Handwerker, Krämer und Händler organisiert, um Voten zu schaffen für unzulässige Reichsmitarbeiter. Zu laien haben diese Organisationen hundert Mitglieder nichts und zu verlangen haben sie erst recht nichts. Für diesen Verkauf müssen sie aber monatlich von 2 bis 5 Mark bezahlen, die teilweise von sehr fröhlichen Gehältern eingetrieben werden und den schärfsten Widerspruch der Ausgeländerten hervorgerufen haben.

Hitler im Konsumladen

Die Lage der Konsumvereine scheint allmählich kritisch zu werden. Jedenfalls werden aus der Platz starke Umlagerungen gemeldet. Das ist nicht nur auf den allgemeinen Konsumschwund, sondern auch auf das gesunkene Interesse der früheren Mitglieder zurückzuführen. Die Erhebung aller Verkäufer und sonstiger Angehörigen durch Reichsmitarbeiter, die Schmäderung der Verkaufsläden mit Dillerbildern, hat die Konsumtreue bei den früheren Anhängern nicht gesteigert. Der Zwang gebietet wohl zu kaufen, aber es wird jetzt auch viel in anderen Geschäften gekauft, die jetzt zum Teil wegen ihrer Unzufriedenheit mit Dillersolidarität, gefällig bei den Konsumenten erwecken. Die unangenehme, verschwenderische Verwaltung der neuen Nachhaber muß in absehbarer Zeit den Zusammenbruch herbeiführen, wenn nicht staatliche Subventionen kommen, zur Erhaltung der Pötkchen.

3 Millionen Dollar für jüdische Flüchtlinge?

Viele andere werden es mit Neid lesen

Newport, 12. März. (JTA.) Das American Joint Distribution Committee und die League des American Palestine Campaign veröffentlichten gemeinsam einen Appell an das amerikanische Judentum zur Ausbringung von drei Millionen Dollar in diesem Jahre, die zur Beschaffung jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland, hauptsächlich in Palästina, verwendet werden sollen. Beide Körperschaften arbeiten bei dieser Aktion einträchtig zusammen. Das Abkommen wurde nach mehreren gemeinsamen Beratungen schließlich durch das Eingreifen des Hochkommissars des Völkerbundes für Hilfe an die Flüchtlinge aus Deutschland, James Macdonald, der jetzt wieder in Amerika weilt, getroffen. Macdonald appellierte sehr warm an die Führer der beiden Körperschaften, sich zu einer gemeinsamen Anstrengung zusammenzuschließen, wobei er seine persönliche

Hilfe bei der Durchführung der Kampagne in weitestem Maße zusagte. Die Aktion wird demnach in enger Mitarbeit mit Macdonald vor sich gehen.

Die Verkündung des Drei-Millionen-Dollar-Drops durch Joint Distribution Committee und American Palestine Campaign wird begleitet von einem tiefempfundenen Appell des Hochkommissars James Macdonald, der die jüdische Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu einem großzügigen Opfer zugunsten ihrer verfolgten und entrechteten Brüder auffordert. Der Appell Macdonalds lautet: „Nur wenn uns großzügige private Beiträge zur Verfügung gestellt werden, können wir, denen die Aufgabe obliegt, neue Heimstätten für die Flüchtlinge, für zehntausende unschuldige und hilflose Verbannter, zu finden, dieser unserer Aufgabe gerecht werden.“

Es geht wieder los!

Neidhetze gegen die Juden

Durch das Deutsche Nachrichten-Büro wird folgende Ankündigung veröffentlicht:

„Die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS.-Hago) wird in diesen Tagen gemeinsam mit dem Gesamtverband Deutscher Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden (GHW.) in der Deutschen Arbeitsfront mit einer Propaganda-Aktion größten Ausmaßes beginnen. Die Aktion hat den Sinn, Handel und Handwerk zu besserer Leistung und vorbildlicher Bedienung anzuspornen. Das kaufende Publikum, das in höchstem Maße an dieser Aktion interessiert ist, soll mit Anregungen und Vorschlägen bei der Durchführung helfen. Zu diesem Zweck werden kurz vor Osnabrück an die Käufer Fragebogen zur Verteilung gelangen. Die NS.-Hago geht dabei von der Auffassung aus, daß der Kaufmann und der Handwerker wissen muß, daß er in den letzten Jahren viele Kunden auch deshalb verloren hat, weil man ihm ein mangelhaft sortiertes Lager, nicht ansprechende Bedienung und manches andere vorwarf. Solche Mängel sind vielfach durch das Eindringen fach- und berufsremder Personen in Handwerk und Einzelhandel gefördert worden und haben auch dem Ruf des Kaufmanns und fachkundigen Kaufmanns und Handwerkers geschadet. Zur Durchführung der Propaganda-Aktion werden Tausende von Schulausschüssen im ganzen Reich von allen Berufs- und Ständen veranstaltet werden. Die Tagespresse wird das ihre dazu tun, um die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf diese — wirtschaftlich gesehen — äußerst wichtigen Maßnahmen zu lenken und um alle Volksgenossen zur Mitarbeit aufzufordern.“

Das liest sich ganz harmlos. Die Durchführung steht aber laut der „Schaffensburger Zeitung“ z. B. so aus:

Die „Schaffensburger Zeitung“ vom 9. März veröffentlicht unter der Überschrift „Die Tat der Gemeinschaft gilt dem Aufbau. Frühjahrsaktion des deutschen Handwerks, Gewerbes und Einzelhandels“ einen Aufruf der NS.-Hago-Kreisamtsleitung Schaffensburg. Jedes deutsche Geschäft, jeder deutsche Handwerker, jedes deutsche Unternehmen habe an diesen Tagen die von der NS.-Hago herausgegebenen Plakate an Wänden und in Schaufenstern zum Ausbhang zu bringen, wenn es sich nicht gefallen lassen wolle, als Saboteur der Offensive des deutschen Mittelstandes angesehen zu werden oder als jüdisches Unternehmen zu gelten. Kein jüdisches Geschäft habe das Recht, zum Einkauf für das heilige Osterfest, zur Kommunion oder Konfirmation in Wort und Schrift zu werden. In Fragebogen an die deutschen Hausfrauen würden diese um die Gründe gefragt werden, weshalb sie noch in Warenhäusern, jüdischen Geschäften usw. kaufen. Dadurch werde es ermöglicht werden, diesem unverkennlichen Ton eines großen Teils deutscher Hausfrauen Gehör zu geben. Im ganzen Kreisamtsgebiet der NS.-Hago würden Aufführungsveranstaltungen für die deutsche Hausfrau stattfinden. Die gesamte Presse, Kinob, der Rundfunk usw. würden in den Dienst der Propaganda gestellt. Auch die Hitlerjugend und der BDM. würden in die Propagandaaktion eingeschaltet. Diese würden auf den beliebtesten Plätzen in den Hauptgeschäftsstraßen Sprechkreise bilden, in denen zum Ausdruck gebracht werden, daß Einkäufe nur beim deutschen Einzelhändler, Handel und Gewerbe getätigt werden sollten.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Heute abend, Samstag, den 17. März, veranstaltet der Deutsche Klub ein geselliges Beisammensein mit Tanz in der Université du Parthénon, 61, Rue du Rocher, Paris 8 (am Bahnhof St. Lazare). Verschiedene Gesangsvorträge. Gäste gern willkommen. Eintritt: 5 Franken (Stellungslose 3 Fr.).

In Paris sind wieder eine Anzahl neuer Straßennamen geschaffen worden. U. a. ist der Name des „dämonischen Frauenmalers“ Félicien Rops der avenue du Cimetière im 13. Bezirk verliehen worden, und die Passage Sibuet im 12. Bezirk heißt jetzt rue de Toul.

Ein historischer Winkel des alten Paris, der Engpaß zwischen dem quai Malaquais und der rue de Seine soll verschwinden. In den alten Häusern dieses quai wohnten berühmte Leute, darunter Moritz von Sachsen.

Der Pariser Stadtrat wird am 21. März zu seiner Osteragung zusammentreten.

Léon Frapié, der Verfasser der „Maternelle“, die vor längerer Zeit einen solchen Erfolg als Roman und jetzt als französischer Film hatte, hat Mlle. Alice Verlay, seine Mitarbeiterin, in der Mairie des 17. Bezirks geheiratet. Die Braut schrieb die Chansons zu dem Film. Der Verfasser hat einen Roman „Le garçon à marier“ beendet.

Mr. Hansard, der junge Engländer, der in Paris durch Gangsters in einem Scheckswindel um 10 000 Livres betrogen wurde, ist schon von Davos an von den Verbrechern verfolgt worden. Er erkannte die Gangsters im Verbrechenalbum.

Die Ermordung des italienischen Emigranten Franco Clerici, eines sozialistischen Anwalts, der jetzt als Seidevertreter und daneben als politischer Redner in Paris tätig war, schließt ein Werk der Eifersucht zu sein. Clerici, der 36 Jahre alt und aus Mailand gebürtig war, soll in eine Liebesaffäre verwickelt gewesen sein.

Die 7. jährige Frau von M. d'Andrieux de Daubine, der den Bankier in der rue de Clichy aus Verzweiflung erschossen hat, ging in Nice ins Wasser.

Der Textilkonflikt um Lille

Eine Abordnung aus dem Textilgebiet, geführt von dem Liller Bürgermeister Abgeordneten Roger Salengro und dem Abgeordneten Bracke, unter Einschluss verschiedener Liller St. divertreter und Gewerkschaftsführer, hat den Ministerpräsidenten Doumergue wegen des schweren Textilkonflikts im Norden des Landes aufgesucht.

Wie man weiß, haben die Unternehmer der Webindustrie zu einer Lohnkürzung ausgeholt. Sie haben ab 1. März durch ihre Kammer die Löhne der Männer um 3, die der Frauen um 4 Prozent gesenkt, und wollen ab 15. Mai erneut kürzen, um den gleichen Betrag.

Salengro, der Bürgermeister der nordfranzösischen Großstadt, trug ein Exposé vor, daß die Regierung Chautemps am 28. Dezember die von der Regierung Laval am 1. August 1931 zugestandenen Zuschläge aufhob. Die Lage auf dem Liller Markt, der stark unter der japanischen, englischen, elssässischen Konkurrenz und unter der Konjunktur für Kunstseide litt, wurde schlechter. Die Ausfuhr an Baumwollstoffen fiel seit 1927 von 740 Millionen auf 284 im Jahre 1932, und die Abfertigung von feinen Tuchen sank von 8 auf 6 Millionen Kilo, die Zahl der Arbeiter auf 17 000, während es 21 000 gewesen waren.

In diese Krise plägte die Verhängung der 20prozentigen englischen Zollerhöhung auf französische Waren und die Kündigung des Handelsvertrages, die allerdings erst am 12. Mai wirksam wird.

Salengros Bericht erklärt, daß die Löhne nicht weiter kürzt werden können, und daß die Ausgaben der Stadt Lille für Stempelgelder bereits ungeheuer sind. Die Wollkammer und die Frauen würden durch die Neureglung unter 20 Franken täglich verdienen, nämlich 19,84 die Wollkammer und 19,52 bzw. 18,40 die Frauen. Salengro forderte Einwirkung auf die Unternehmer und Schutz der Arbeiterinteressen bei den in London beginnenden Verhandlungen.

Doumergue sagte den Schutz der Textilinteressen bei der Londoner Konferenz zu und versprach auch auf die Kammer der Unternehmer einzuwirken, daß keine Lohnkürzung vor dem Abschluß stattfindet.

Salengro erklärte nach Schluß der Konferenz, daß ein Textilarbeiterstreik, wenn die Gewerkschaft ihn beschlösse, regen Rückhalt auch in Roubaux-Tourcoing und im ganzen Tal der Lys finden würde. Das Liller Syndikat werde, wie auch der Ausgang der Londoner Tagung sei, in voller Uebereinstimmung mit dem Gewerkschaftskartell und der Liller Stadtverwaltung die Interessen der von ihr betreuten Zehntausende von Arbeitern, getreu einer Vergangenheit von fünfzig Jahren Kampf, zu verteidigen wissen.

Der zum Tode Verurteilte als Schwindler

Eine abenteuerliche Meldung aus Brüssel

Brüssel, 14. März. In Belgien erregt die Affäre eines zum Tode Verurteilten großes Aufsehen, der, zu lebenslangem Kerker verurteilt, in Löwen saß. Der Zucht-Sträfling fertigte dort Angelhaken und Bambusrohre für Kaufleute in Brüssel an. Dabei gelang es ihm, aus der Abgeschiedenheit seines Verließes Durchstechereien mit den Wärtern zu begehen. Ein Teil der Ware ging nach Lüttich an die Frau des Sünders und wurde zu seinem Profit verkauft. Schließlich merkte einer der Unternehmer, daß er viel mehr Rohstoffe lieferte, als er Ware erhielt. Das Defizit belief sich auf mehr als 100 000 Franken.

Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß zwei Wärter ganz ungeniert Postanweisungen aus Lüttich erhalten hatten, die von der Frau ihres Sträflings ausgingen. Der eine der beiden Wärter des fideles Gefängnisses legte ein Geständnis ab, der andere zog es vor, sich mit seinem Revolver zu erschießen, als der Schwindel raus kam.

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 7 Spezialisten
innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Klysten, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Bluth. Herz- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie

Zweischichtiges Operationsgebäude, Kleiner, mittlerer und großer Chirurgie, Die allermodernste Ausstattung ammen auf 3 Operationssälen

c) Geburtshilfliche Klinik

Vierstüdiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Auzen, Stillgebäude, Die allermodernste Ausstattung ammen auf 3 Operationssälen

d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Ferialags von 10-12 und 2-4 Uhr

BRIEFKASTEN

Einläufer Amsterdam. Ihr Besuch in Leipzig hat Sie davon überzeugt, daß der Besuch noch wesentlich schlechter war, als die Berichte angeben. Sie schreiben uns, daß die Zahl der Franzosen von 1400 auf 600, der Tschechoslowaken von 2500 auf 1000, der Belgier von 600 auf unter 600 zurückging. Auch die Ungarn waren schwächer vertreten.

Emigrant Basel. Sie wir aus Ihrer Einwendung entnehmen, befragt sich im „Fotografenjournal“ ein Herr Georg Th. Naier aus Zürich über die Emigrantenpreise, „an deren Spitze die „Freiheit“ marschieren“. Was wollen wir mehr? Barbaren beschäftigen uns, daß wir an der Spitze der deutschen Zivilisation marschieren. So bleibt uns Deutschland unverloren. „Mit seinen Eichen, seinen Linden, werde ich es immer wiederfinden.“

Frankreich

„Neuer Vorwärts“

wird in Paris jeden Freitag in allen großen Zeitungskiosken und in den Bahnhofs- u. Untergrundbahnbuchhandlungen verkauft. Preis 1,50 Fr.

Das Blatt ist in den bedeutendsten französischen Städten erhältlich, auch in Monaco, Marokko und Algerien.

Wegen der Aufnahme von Inseraten und von Abonnements in Frankreich wende man sich schriftlich an

BORIS SKOMROSKY — 141 rue Broca — Paris (13e), Postscheckkonto (Chèque postaux): Paris 1260 98.

Das Abonnement kostet: 12 Monate 65 Fr., 6 Monate 35 Fr., 3 Monate 18 Fr.

H. R. Gent. Lassen Sie sich doch nicht einreden, daß Mussolini zum Antisemitismus neigte. Er denkt nicht daran, die Juden zu benachteiligen. Der Oberste Faschistenrat hat eben erst in die Kandidatenliste für die neue Kammer vier Juden aufgenommen, und zwar die Industriellen Volpelli und Arias, ferner den Großkaufmann Favoncelli und Riccardo Fusatti, einen Verwandten des bekannten Staatsmannes, für den Senat zwei Juden, den Rechtsanwalt Felletti und den Industriellen Jassi.

H. Paris. Sie schreiben uns: „Ihre Zeitung ist die einzige mit bekannter Tageszeitung, welche wirklich auf breiter Basis volksdemokratisch geleitet wird und sich als Sprachrohr für alle Gegner des Faschismus erweist. Dabei scheinen Sie sich besonders auf die Jugend zu richten.“ — Sie haben ganz richtig unser Ziel erfasst. Unsere Verhörungen bleiben aber aus sehr triftigen Gründen noch weit hinter dem Streben zurück. Wir haben eben mutig angefangen nach dem Grundprinzip: „Wer allzu viel bedenkt, wird wenig leisten“. Ihre Niederschrift, die uns sehr gefaßt hat, legen wir noch für kurze Zeit beiseite. Wir fürchten, daß sie uns gerade jetzt eine Stütze im Zusammentreten einbringen würde und eine fruchtlose Diskussion. Sowohl in der SPD, wie in der KPD, gibt es allzu viele, die aus ihrer gemeinsamen furchtbaren Niederlage nichts gelernt haben und in feuchtholter Rechthabererei verharren.

Früher Wagbezug. Wir erziehen aus den Zeitungsauschnitt, daß die Sammler und die Sammlerinnen für das Winterhilfswerk kaum noch zu bewegen sind, in den sogenannten besseren Kreisen allzu häufig zu persönlich beleidigenden Auseinandersetzungen kommt. Wir der „sozialistischen“ Erziehung scheint es zu

hopen. Schwerlich wird der Bettelsozialismus das deutsche Volk erobern.

„März 1933“. Sie erinnern uns, daß sich nun die braune Terrorwelle jährt und wünschen, daß wir in einer Liste, die Sie uns zur Verfügung stellen, der Verdienten und Ermordeten gedenken. Wir wollen es nicht, um niemanden zu vergessen. Auch mühten wir uns vor allem der vielen erinnern, die nun schon seit Jahresfrist in den Kerker des „dritten Reichs“ sitzen. Unsere Erinnerung sei täglich die Tat.

Raji in Neapel. Sie können sich als wohlverpflegter Nazibonze eine winterliche Erholungsreise nach Neapel erlauben, während für 17 Millionen Ihrer Volksgenossen öffentlich gebettelt wird. Obwohl Sie zweihundertprozentiger Nazi sind, folgt Sie doch die Langeweile der gleichgeschalteten Presse an, und Sie sind heilfroh, daß Sie dort wieder einmal eine interessante Zeitung, eben die „Deutsche Freiheit“ lesen können. Sie haben sogar eine fassungslose peitsche über bei Ihnen wachgerufen. Schade, daß Sie und Ihr Gedicht in fallender Befehlsweise nur anonym einfinden. Sie brauchen sich Ihrer Verjüngung wirklich nicht zu schämen. Es ist erstelle Dittlerdichte:

DU LANDESVERRÄTER M. BRAUN!
DRECKIGER, JÜDISCHER FAUN!
GEIFERNDER, HAUDIGER HUND!
DEINE STRAFE TUN WIR DIR KUND!
HÄNGEN SOLLST DU AM HÖCHSTEN BAUM.
FASS DICH AM KOPF! ES IST KEIN TRAUM!
HEUTE, GENAU IN EINEM JAHR,
WIRD DAS OBIGE URTEIL WAHR + + !
ES WIRD DIR SICHER FREUD BEREITEN,
DASS JOHANN FITZ DICH WIRD BEGLEITEN.

Alles was recht ist: Sie leben durchaus im Reiche der Geister des deutschen Reichstags und, wie er, können Sie sich gar nicht vorstellen, daß ein intelligenter Mensch Arier ist.

Saargemünd. Ihnen ist ein Kuffag in der Zeitung „Deutsche Front“ aufgefallen, in dem unter anderem steht: „Hat Frankreich einen Arbeitsbeschaffungsplan für die Arbeitslosen? Nein! Hat Frankreich ein Winterhilfswerk? Nein!“ — Sie legen die Fragen fort: „Hat Frankreich 6 Millionen Erwerbslose und einen Reichsfinanzminister? Nein!“ Die deutsche Wirtschaft ist wahrlich nicht geeignet, den Franzosen als Vorbild zu dienen.

Palma de Mallorca. Sie schreiben uns: „Hier wird eine reiche Propagandakampagne für das „dritte Reich“ entfaltet. Hier in einer sehr primitiven Sprache (1. Mittagsgang 0,30 Fr.), wo begrifflichweise viele Deutsche verfehlen und wo es sehr oft scharfe Auseinandersetzungen und manchmal Christen gibt, hier werden die Reden des „Führer“ in spanischer Sprache — gedruckt in Berlin — verteilt. Für diese Zwecke mußte ja auch Herr Dittler meinem Manne die Pension freischen.“

H. R. Czernowig. Ihr Vorschlag, nach dem Treubruch Mussolinis an seinem deutschen Duce-Kollegen die Wokkaroni wieder „Verärrer-Kudeln“ zu nennen, wie einst im Kriege, ist beachtenswert. Schreiben Sie an Göttsch. Erinnern wir uns recht, so hat er vor einigen Monaten einen italienischen Orden oder ein ähnliches Spielzeug erhalten. Er wird sich gern revanchieren.

H. R. Puzern. Ihre Meinung, daß Dittler noch immer dieselben Reden halte, ist nicht ganz richtig. Neuerdings spricht sich ein elegischer Ton ein. So hat er anlässlich der Jahresfeier in München gesagt, daß Wesentliche in den Leistungen des vergangenen Jahres sei die Schaffung der Voraussetzungen für die deutsche Wiedergeburt, die sich vielleicht 100, vielleicht 200, vielleicht 300 Jahre lang auswirken werde.

Wenn ein Politiker mit solchen Zeiträumen zu rechnen beginnt, mißten sich in seinen Gedanken harte Zweifel. Der Vapf kann sich erlauben, die Ewigkeit anzurufen, die Ziele eines Staatsmannes müssen in einem Lebensalter oder in noch geringeren Zeiträumen erreichbar sein. Das gibt Dittler auf.

„Zeitschrift für Sozialismus“ (Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsruhe). Das sechste erschienene Heft 6 bringt: Wien von A. Sturmthal; Staat und Revolution von Ludwig Reutlinger. Das Prager Manifest von A. B. Reutenborf; Die Ueberwindung der faschistischen Diktatur von Max Zembich.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Piz in Dubweiler; für Inserate: Otto Kubla in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Dr. Kardos
11, rue de Douai, Métro: Pigalle, Tel. Pig. 82-14
Innere und Geschlechts-Krankheiten
Röntgen-Diathermie, Quarz
Ord.: täglich von 2 bis 4 und 7 bis 8
Sonntags von 10 bis 12

Drs. G. und M. Spitzer
3 Avenue de la République, Paris, Métro République, Tel. Oberkampf 86-23
Sprechstunden: 1-5 und 6-8 Uhr
Haut-, Geschlechts-, innere und Kinderkrankheiten
Epilation Diathermie

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen
Wenden Sie sich an
F. BRIQUEU
LICENCIE EN DROIT
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.
25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

Inserieren bringt Gewinn!

Loterie Nationale

Lose der 8. 9. und 10. Ziehung zu verkaufen: Ganze, Halbe, Viertel u. Achtelstücke · 8. Ziehung den 20. März

In Verkauf vorhanden alle die 20 Serien der achten Ziehung

(A. B. C. D. E. G. H. K. L. M. N. R. J. S. V. U. T. Y. X. Z.)

Luxemburg-Lotterie (Sweepstake)

Ganzes Los 36 Fr., Halblos 19 Fr., Viertel Los 10 Fr., Achtel Los 6 Fr.

Alle Bestellungen für Russland

A. Godovannikoff

30, Quai de Passy, Paris (16e) Tel.: Jasmin 01-50 - Métro Passy

Eintritt ins Büro nur Seitengang: 2, Av. René-Boylesse.

Offen von 9-7 Uhr, ohne Unterbrachung, auch Samstags und Sonntags.